Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

JAHRESBERICHT 2007

Integrationsförderung und Flüchtlingssolidaritätsarbeit in Schleswig-Holstein

IMPRESSUM

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist der Dachverband von unabhängigen im Bundesland engagierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen aus der solidarischen Flüchtlingshilfe. Der Verein ist Träger von Beratung, Integrationsförderungs- und Weiterbildungsangeboten. Der Verein ist mit der Nummer 502 VR 4075 KI im Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen und vom Finanzamt Kiel als gemeinnütziger Träger anerkannt.

Die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins sind die Koordinierung und Vernetzung der Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen und politischen Aktionen, der Informationsaustausch, die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, die Durchführung von Schulungen und Bildungsmaßnahmen, die direkte Unterstützung von unbegleiteten, minderjährigen und anderen Flüchtlingsgruppen, sowie die antirassistische, migrations- und flüchtlingspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

Adresse:
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str. 25
D-24143 Kiel
Tel.: 0431-735000
Fax: 0431-736077,
e-mail: office@frsh.de
Internet: ***www.frsh.de***

Spendenkonto:
Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel,
KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

Förderung: Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erhielt im Berichtszeitraum 2007 Spenden, Mitgliedsbeiträge und wurde u.a. gefördert durch das Land Schleswig-Holstein, den Bund, den Europäischen Flüchtlingsfonds, den Europäischen Sozialfonds, BingoLotto, den AKWD, die UNO-Flüchtlingshilfe e.V., den Förderverein PRO ASYL e.V. und dem FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V..

Foto Titelblatt: Strand-Gang von subway7/photocase.de

27. Juni 2008

Staatsministerin Prof. Maria Böhmer erkundigt sich am 29. Oktober bei der EQUAL-Asyl-Abschlusstagung in Berlin beim Infostand der EP Land in Sicht! über die Situation von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein

Inhalt

Foto: Abschlusstagung der Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht!

DER VEREIN

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 4
Who is who in Verein und Geschäftsstelle im Jahr 2006 5

SOLIDARITÄT UND LOBBY-ARBEIT

Lobby und Unterstützung von Flüchtlingen 2007 6
Öffentlichkeitsarbeit 8
Pressemitteilungen 11
Politische Initiativen, Themen und Projekte 14
Hilfen im Einzelfall 16
Beratung - Schulung - Vernetzung 17

PROJEKTE

Projekt Landesweite Beratung 19
access - Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen 21
Antidiskriminierung und Integration für Flüchtlinge 23
EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *„Land in Sicht!" Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein* 24
InfoNet - Teilprojekt Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 25
Der Dokumentarfilm „Land in Sicht" 26
Inhouse Schulungen - Teilprojekt zur Förderung der interkulturellen Öffnung 27
MOLE - Teilprojekt Transnationale Kooperation 28
lifeline - Vormundschaftsverein 28

NETZWERKE

NISCHE Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein 30
Charta der Vielfalt 31
Beitrittsformular 31
Leitbild des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein 32

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wurde 1989 gegründet und besteht als im Kieler Vereinsregister unter 502 VR 4075 KI eingetragener Verein seit 1991. Er ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen, Organisationen sowie Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein. Grundlagen der Arbeit sind die Satzung, das Leitbild (www.frsh.de/ueberu.htm) des Vereins und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

Der Flüchtlingsrat berät und unterstützt seine Mitglieder, Migrationseinrichtungen, Flüchtlings- und Exilorganisationen und in der Integrationsförderung Tätige. Der Verein engagiert sich als Träger themen- und zielgruppenspezifischer Projektarbeit, von Beratungs-, Bildungs- und Schulungsangeboten sowie in bündnisgetragenen Kampagnen und im Rahmen eigener Maßnahmen der flüchtlings- und migrationspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Der Verein arbeitet für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und anderen Menschen mit Migrationshintergrund und engagiert sich für das Bleiberecht insbesondere von Personen und Gruppen in prekärer aufenthaltsrechtlicher Situation. Ziel der Vereinarbeit ist ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima, das sich durch gegenseitigen Respekt und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen auszeichnet.

Die Arbeit des Flüchtlingsrates organisiert sich wo immer möglich in Netzwerken oder themenbezogenen Bündnissen und Kooperationen. Internationale Vernetzung pflegte der Verein mit Partnern in anderen europäischen Ländern. Der Flüchtlingsrat ist Mitglied der *Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.*, er ist mit den Flüchtlingsräten der anderen Bundesländern vernetzt und wirkt mit in bundesweiten Arbeitskreisen insbesondere zu Themen arbeitsmarktlicher Integration von Flüchtlingen und anderen Migrantinnen und Migranten.

Landesweit gehören Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Träger der Integrations- und Beschäftigungsförderung, Bildungsinstitutionen, Menschenrechtsorganisationen, Migrantenselbstorganisationen, Parteien, Behörden und regionale Initiativen zu den regelmäßigen Kooperationspartnern.

Der Flüchtlingsrat ist Gründungsmitglied des *Bündnisses Bleiberecht Schleswig-Holstein* sowie des *Netzwerkes illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE)*. Der Verein ist Mitglied im Ökumenischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche. Er ist vertreten im *Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung* und in der *Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holstein*.

Der Flüchtlingsrat ist als gemeinnütziger Träger anerkannt und finanziert seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, durch öffentliche und private Förderung.

Die beiden eigenständigen ebenfalls gemeinnützigen Vereine, *FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* (VereinsregisterNr 502 VR 4094 KI) und *lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* (VereinsregisterNr 502 VR 4516 KI), haben ebenfalls ihren Sitz am Ort der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates. Der *FÖRDERVEREIN* sammelt Spenden und wirbt Förderer für die Flüchtlingshilfe. Der Verein *lifeline* vermittelt und begleitet private Vormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

Foto rechts: Mitgliederversammlung am 24. Februar in Kiel.

Foto links: Abschlussveranstaltung des EQUAL-Projekts, Elisabeth Hartmann-Runge und Naciye Demirbilek (vlnr)

„Who is who" in Verein und Geschäftsstelle im Jahr 2007

Haushalt und Förderung

Im Berichtsjahr 2007 betrug der Haushalt des Flüchtlingsrates 657.000 EUR. Die Finanzierung geschah zu 13% aus Bundesmitteln, zu 10,3 % aus Landesförderung, zu 60,7% aus EU-Förderung (ESF u. EFF), zu 6% aus Drittmitteln (s.u.) und zu 10% aus Projekterlösen und Spenden.

Vom Verein unerwartet hat das Land Schleswig-Holstein mit Abschluss des Hj. 2006 die bis dato geflossene ‚Institutionelle Förderung für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein eingestellt. Stattdessen bekommt der Flüchtlingsrat seit 2007 eine ‚Projektförderung' für das Projekt „Landesweite Beratung". Dies Projekt wurde im Berichtszeitraum durch Mittel des Europäischen Flüchtlingsfonds und der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

Es ist dem Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum weiterhin gelungen, Förderung des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für die Arbeit und Soziales für die Netzwerkarbeit zur arbeitsmarktorintirten Integrationsförderung von Flüchtlingen sowie anderer Migrantinnen und Migranten einzuwerben.

Für seine Geschäftsstelle und die von dort gelaufene Veranstaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit erhielt der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum u.a. Zuschüsse vom Förderverein PRO ASYL e.V., vom AKWD, BingoLotto und von der UNO-Flüchtlingshilfe e.V..

Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates:

- ***Gabriele Köhler*** und ***Marzena Watroba*** Verwaltung.

Projekt Landesweite Beratung:

- ***Andrea Dallek*** und ***Martin Link***

Abschiebehaftberatung:

- ***Achim Weinrich*** Ehrenamtliche Beratung für Abschiebungshäftlinge in der JVA Rendsburg.

Härtefallkommission:

In der Härtefallkommission war Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ehrenamtlich vertreten durch:

- ***Arno Köppen*** Tellingstedt, Rechtsanwalt.
- ***Solveigh Deutschmann*** Nortorf.

lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.:

- ***Marianne Kröger*** Koordination.

EQUAL-Entwicklungspartnerschaft (EP) Land in Sicht!:

- ***Claudia Langholz*** EP-Koordination, Projekt Der Film und transnationales Projekt *MOLE*.
- ***Naciye Demirbilek*** Finanzkoordination der EP und Projekt *Inhouse*-Schulungen.
- ***Silke Dietrich*** Koordination Projekt *InfoNet*
- ***Sabine Wollenhaupt*** EP-Finanzcontrolling.

EQUAL-Entwicklungspartnerschaft NOBI, Projekt access:

- ***Astrid Willer*** Koordination Projekt *access*.
- ***Farzaneh Vagdy-Voß*** *access*-Finanzkoordination & Beratung.
- ***Marianne Kröger*** Recherche, web-Redaktion.

Spenden!

Es wird zunehmend schwieriger, erfolgreich ausreichende öffentliche Förderung für die Unterstützung von ausreisepflichtigen Flüchtlingen einzuwerben. Im politischen Mainstream erscheinen nur Hochqualifizierte willkommen und Integrationsförderung steht i.d.R. unter dem Vorbehalt gesicherten Aufenthalts. Die stattdessen bedingungslose Flüchtlingshilfe und parteinehmende Gegenöffentlichkeitsarbeit passt da nicht immer ins Bild. Um so mehr werden unsere Möglichkeiten also künftig von Spenden und solidarischer und bedingungsloser Unterstützung abhängen.

Der Verein

Der Verein hat 140 Mitglieder: zu je einem Drittel Gruppen/Organisationen, hauptamtlich Tätige und ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen. Die Mitgliederversammlungen im Berichtszeitraum fanden am 24. Februar und am 23. Juni 2007 in Kiel statt.

Der Vorstand

- Vorsitzende: Pastorin ***Elisabeth Hartmann-Runge*** Ökumenebeauftragte im Kirchenkreis Lübeck.
- Stellvertretender Vorsitzender: Rechtsanwalt ***Michael Wulf***, Kiel.
- Kassenwartin: ***Gisela Nuguid,*** Migrationssozialberaterin, Norderstedt.

Lobby und Unterstützung von Flüchtlingen und anderen Flüchtlingen in 2006

Im 16. Jahr seines Bestehens als eingetragener Verein sah sich der Flüchtlingsrat der gesamten zugespitzten landes- und bundesspezifischen flüchtlings- und migrationspolitischen Themenpalette gegenüber: angefangen bei der Flüchtlingsberatung über die Integrations- und Arbeitsmarktförderung, der Ausländerverwaltungs- und Härtefallkommissionspraxis, bei der Bleiberechtskampagne sowie der Rückkehrförderungsdebatte bis hin zum sog. „Ausreisezentrum", der Rendsburger Abschiebungshaft, den Konsequenzen europäischer Abschottungspolitik und der fortschreitenden Illegalisierung von Flüchtlingen.

Hier mussten tagespolitisch und projektorientiert Schwerpunkte, auch hinsichtlich bestimmter Fluchtherkunftsländer oder besonderer Einzelfälle gesetzt werden. Dabei setzte der Flüchtlingsrat regelmäßig darauf, seine themenorientierte Informationsarbeit sowie die Schulungs- und Weiterbildungsangebote in Kooperationen und in Bündnissen zu realisieren. Im Berichtsjahr stellten sich verschiedene Anlässe für gezielte Lobbyarbeit gegenüber Parteien und staatlichen Stellen. Mittels öffentlicher Veranstaltungen, zahlreicher eigener Publikationen sowie presseorientiert gestaltete der Flüchtlingsrat die flüchtlings- und migrationspolitische Debatte mit: parteilich im Profil, sachkompetent nicht nur im Detail und stets um Versachlichung bemüht.

Auf Bundesebene war das Jahr 2007 gekennzeichnet durch eine migrations- und integrationspolitische Diskussion um vermeintlich nachhaltige Umsetzungsstrategien des Nationalen Integrationsplans und seiner Entsprechungen in den Bundesländern. In Schleswig-Holstein hat in diesem Zusammenhang das Innenministerium den flüchtlings- und migrationspolitischen Runden Tisch beendet und angekündigt, zu verschiedenen Themenfeldern des Länderprogramms zum Nationalen Integrationsplans künftig gesonderte Arbeitsgruppen bilden zu wollen.

Im Berichtszeitraum sind in Schleswig-Holstein 785 Asylanträge gestellt und über 708 Asylbegehren entschieden worden. Bei 1.043 Personen war das Asylverfahren Ende 2007 noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Darüber hinaus lebten 2.530 Geduldete Ende 2007 in Schleswig-Holstein.

Bleiberecht

Im Berichtsjahr stand die Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge und andere bleiberechtsungesicherte Personen auch in Schleswig-Holstein unter dem Fristendruck des bis Ende September 2007 terminierten Bleiberechtsbeschlusses der Innenministerkonferenz von Nov. 2006. 1.099 hatten einen Antrag auf Bleiberecht gem. IMK-Beschluss gestellt; davon 216 (19%) erhielten eine Aufenthaltserlaubnis, 233 (21%) verblieben in der Duldung, 422 (38%) Anträge wurden abgelehnt, zurückgezogen oder anders erledigt und nicht erledigt waren zum Ultimo 170 Anträge. Eine aus Sicht des Flüchtlingsrates bescheidene Bilanz.

Aber im August 2007 ist das 2. Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz (2. ZuwGÄG) mit dem „freien Arbeitsmarktzugang für mindestens vierjährig Geduldete" und mit der „gesetzlichen Altfallregelung" in Kraft getreten. Letztere zielt auf die Aufenthaltssicherung von am Stichtag 1. Juli langjährig Geduldeten und bietet mehr Flexibilität als der o.g. IMK-Beschluss beim Nachweis der geforderten Integrationsleistungen. Sie ist bis Ende 2009 befristet und wird Betroffene und die in der Beratung und Integrationsförderung Tätigen noch über das

Verleihung des Preises „Leuchtturm des Nordens 2007" an den Unterstützerkreis der Familie Makitu aus Husum am 9. November in Rendsburg.

Berichtsjahr hinaus beschäftigen. Bis Jahresende hatten 595 Personen einen Antrag auf Bleiberecht gem. Altfallregelung gestellt und 265 (45%) erhielten eine Aufenthaltserlaubnis. 42 (7%) wurden bis dato abgelehnt.

Unterstützung und Solidarität

Der Flüchtlingsrat hat im Berichtsjahr in Kooperation mit Anderen an unterschiedlichen Orten des Bundeslandes mit verschiedenen sehr gut besuchten Schulungsangeboten rechtliche Fortbildungen für Flüchtlinge und für haupt- und ehrenamtlich Tätige z.B. zu den Bleiberechtsregelungen, zum 2. ZuwGÄG und zur Dublin-II-Verordnung durchgeführt. Weiterhin sind vom Flüchtlingsrat zum Bleiberecht zielgruppenspezifische und für die Beratungsarbeit relevante – z.T. mehrsprachige – Informationsmaterialien erarbeitet, gedruckt und landesweit verteilt. Darüber hinaus wurde ein regelmäßig aktualisiertes und von Seiten der Beratungsstellen, Selbstorganisationen sowie von Flüchtlingen und EinzelfallunterstützerInnen intensiv genutztes web-Informationsangebot vorgehalten und gepflegt.

Im Bereich der Verteidigung humanitärer und solidarischer Standards hat der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum die Mitarbeit in der Härtefallkommission und die ehrenamtliche Beratung in der Abschiebungshaft in Rendsburg fortgesetzt. Nach Protesten der in der Scholz-Kaserne in Neumünster „wohnverpflichteten" Flüchtlinge im ersten Quartal 2007 hat sich der Flüchtlingsrat mit anderen NROen und dem BewoherInnenkommitee an einem vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten einberufenen Runden Tisch beteiligt. Aus Sicht der BewohnerInnen haben die Gespräche indes nicht vermocht, die Rahmenbedingungen in dieser sog. „Gemeinschaftsunterkunft" des Landes zu verbessern. Insbesondere eine Verkürzung der seit 2006 betriebenen langen Verbleibzeiten konnte nicht erreicht werden.

Integration für Flüchtlinge

2007 wurde vom zuständigen Bundesamt gerade mal bei 1% der Antragsteller die vorgetragenen politische Verfolgung als asylwürdig bewertet. Gleichzeitig geraten weltweit infolge von Klimaveränderung und Globalisierung Erwerbsnot zum Hauptfluchtgrund. Als Wirtschaftsasylanten diskreditiert, sind hierzulande Flüchtlinge dennoch keine Zielgruppe staatlicher Integrationskonzepte. Vor diesem Hintergrund hat die arbeitsmarktorientierte Solidaritäts- und Bildungsarbeit beim Flüchtlingsrat und seinen Kooperationspartnern auch im Berichtsjahr einen besonderen Stellenwert behalten.

Die EQUAL-Projekte zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeitsmarkt waren bis Ende 2007 befristet. Das Projekt access hat unter dem Dach des Netzwerkes NOBI eine Fortsetzung bis 2010 als rein Bundesmittelfinanziertes Projekt zur Integration von Flüchtlingen und anderen MigrantInnen gefunden. Dem Netzwerk Land in Sicht!, das sich um die arbeitsmarktliche Integration von bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen bemüht, wurde in Aussicht gestellt, im Laufe des Jahres 2008 auf Grundlage weiterentwickelter Konzeption im Zuge eines Sonderprogramms von Bund und Europäischem Sozialfonds Förderung zu erhalten. Anlässlich einer bundesweiten Abschlussveranstaltung der EQUAL-Asyl-Entwicklungspartnerschaften in Berlin haben die Staatsministerin im Bundeskanzleramt Prof. Dr. Maria Böhmer und der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Kajo Wasserhövel sich insbesondere mit Blick auf die gesetzliche Altfallregelung unserer Forderung nach einer nachhaltigen arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen ausdrücklich angeschlossen.

Kooperationen und Selbstorganisation

Bei zahlreichen Gelegenheiten ist es im Berichtsjahr gelungen, aktuelle Entwicklungen und Themen aufzugreifen. Einige Beispiele:

Im NISCHE-Bündnis mit anderen Organisationen konnte in Kiel und Neumünster die dezentrale Plakatausstellung „Kein Mensch ist illegal" realisiert werden. Im Frühjahr wurde mit Unterstützung des Flüchtlingsrates das schleswig-holsteinische Bündnis „Jugendliche ohne Grenzen" gegründet, deren Mitglieder sich 2007 mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen z.B. am Rande der Innenministerkonferenz für ein Bleiberecht engagieren. Der Flüchtlingsrat war Mitveranstalter der von der FHS Kiel und Anderen durchgeführten „Regionalkonferenz Nord" und einer Ringvorlesung zu „Chancengleichheit und Antidiskriminierung". Ebenso war der Flüchtlingsrat Mitveranstalter die „Norddeutsche Klimakonferenz – Handlungsimpulse für globale Klimagerechtigkeit" in Kiel, beim „Kommunalpolitischen Expertenworkshop Integration" in Norderstedt sowie bei einer Podiumsdiskussion zum Folterverbot am Internationalen Tag der Menschenrechte in der Universität Kiel.

Der Flüchtlingsrat beteiligte sich 2007 mit eigenen Veranstaltungen am Netzwerk gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, referierte auf Einladung anderer Veranstalter über frauenspezifische Fluchtgründe, schleswig-holsteinische Flüchtlingsinnenpolitik oder die Bedarfe einer verbesserten flüchtlingspolitischen Bildungsarbeit oder der Flüchtlingsintegrationsförderung. Der Flüchtlingsrat präsentierte (international) renommierte ReferentInnen zum Thema der Europäischen Abschottungspolitik, zum Nation Building in Afghanistan, zur Situation von Kinderflüchtlingen, zum Folteralltag in Guantanamo oder zur Menschenrechtssituation in Tschetschenien.

Regelmäßige Kooperationspartner des Flüchtlingsrates waren im Berichtsjahr u.a. der Landesflüchtlingsbeauftragte, das Diakonische Werk SH, die Veriene ZBBS-Kiel und UTS-Rendsburg, die Heinrich-Böll-Stiftung SH, amnesty international, die Nordelbische Flüchtlingsbeauftragte, das Projekt Dolmetschertreffen.

Öffentlichkeitsarbeit und Lobby

Der Flüchtlingsrat realisierte den Film „Land in Sicht" zur Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge an der Westküste, eine Compilation-CD des antirassistischen Song-Contests INSOCO schleswig-holsteinischer Schulen und u.a. mit einer Doppelnummer des Magazins Der Schlepper eine umfangreiche Publikation über Fluchtursachen, Herkunftsländer und das Flüchtlingsleben in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus sind zahlreiche Handreichungen und Fachpublikationen zur Interkulturellen Öffnung, arbeitsmarktlichen Integration und zu rechtspolitischen Veränderungen erarbeitet und zur Verteilung gebracht worden.

Gleichzeitig war das Berichtsjahr in der Arbeit des Vereins und seiner Geschäftsstelle gekennzeichnet durch weiter gestiegene Nachfrage an Einzelfallberatung aus dem Kreis der Mitglieder, anderer in der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen Engagierter und seitens direkt Betroffener oder ihrer Angehörigen. Die Funktion der Geschäftsstelle als Umschlagplatz für Informationen, Beratung und Materialbezug zu flüchtlings-, migrations- und integrationsspezifischen Themen ist weiter gewachsen. Die Kolleginnen in der Verwaltung nehmen täglich zahlreiche telefonische und Mail-Anfragen von Beratungsbedürftigen entgegen, vermitteln an ehrenamtliche oder hauptamtliche Beratungsangebote Dritter oder versenden landes- und bisweilen bundesweit beratungsrelevante Materialien.

Im Berichtszeitraum haben Gespräche mit VertreterInnen der Fachaufsichten, Bundesverwaltungen, Landes- und Kommunalbehörden stattgefunden. Der Flüchtlingsrat bemühte sich dabei insbesondere mit Blick auf Arbeitsintegration, die aufenthaltsrechtlichen Anliegen geduldeter Flüchtlinge oder anderer ausreisepflichtiger Personen und die Unterbringungssituation um eine ermessenspositive Verwaltungspraxis und Erlasslage sowie um bundespolitische Initiativen des Landes Schleswig-Holstein.

Erfreulich ist zu verzeichnen, dass die Positionen des Flüchtlingsrates bei Abgeordneten aus den im Land- und Bundestag vertretenen Parteien wie auch von Seiten regionaler und überregionaler Print- und Funkmedien zunehmende positive Aufmerksamkeit erregen. Dieses nehmen wir als Bestätigung für den richtigen Kurs.

Elisabeth Hartmann-Runge
Michael Wulf
Gisela Nuguid

Öffentlichkeitsarbeit

Der Schlepper erscheint i.d.R. mit einer Auflage von 1.600 Exemplaren. Ausgabe Nr. 39 ist in Kooperation mit PRO ASYL entstanden; Nr. 40/41 hat Wert über die Quartalsaktualität hinaus und informiert grundsätzlich über die Situation in zahlreichen Herkunftsländern, die Fluchtursachen und das System des Flüchtlingsexils in Schleswig-Holstein; Nr. 42 wurde in Zusammenarbeit mit den anderen Landesflüchtlingsräten herausgebracht.

Quartalsmagazin DER SCHLEPPER

Das Quartalsmagazin DER SCHLEPPER erscheint seit 1997 mit Beiträgen zur flüchtlings- und integrationspolitischen Diskussion, mit Hintergrundberichten zu globaler Migration, Fluchtursachen und Herkunftsländern, mit Informationen zur Verwaltungspraxis und Rechtsprechung, mit Schulungs- und Materialhinweisen, Veranstaltungstipps, mit Berichten aus der Projekt- und Beratungspraxis sowie aus der regionalen Menschenrechtsarbeit und Flüchtlingssolidarität. Regelmäßige LeserInnen sind die Mitglieder des Flüchtlingsrates, Migrationsfachstellen, relevante Beratungseinrichtungen und Solidaritätsinitiativen im Land, Verbände und Religionsgemeinschaften, MigrantInnenselbstorganisationen, Bildungsinstitutionen, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, Justizverwaltungen, Gerichte, MedienvertreterInnen, Parteien, Fraktionen und Abgeordnete sowie sonstige an den Themen des Magazins Interessierte.

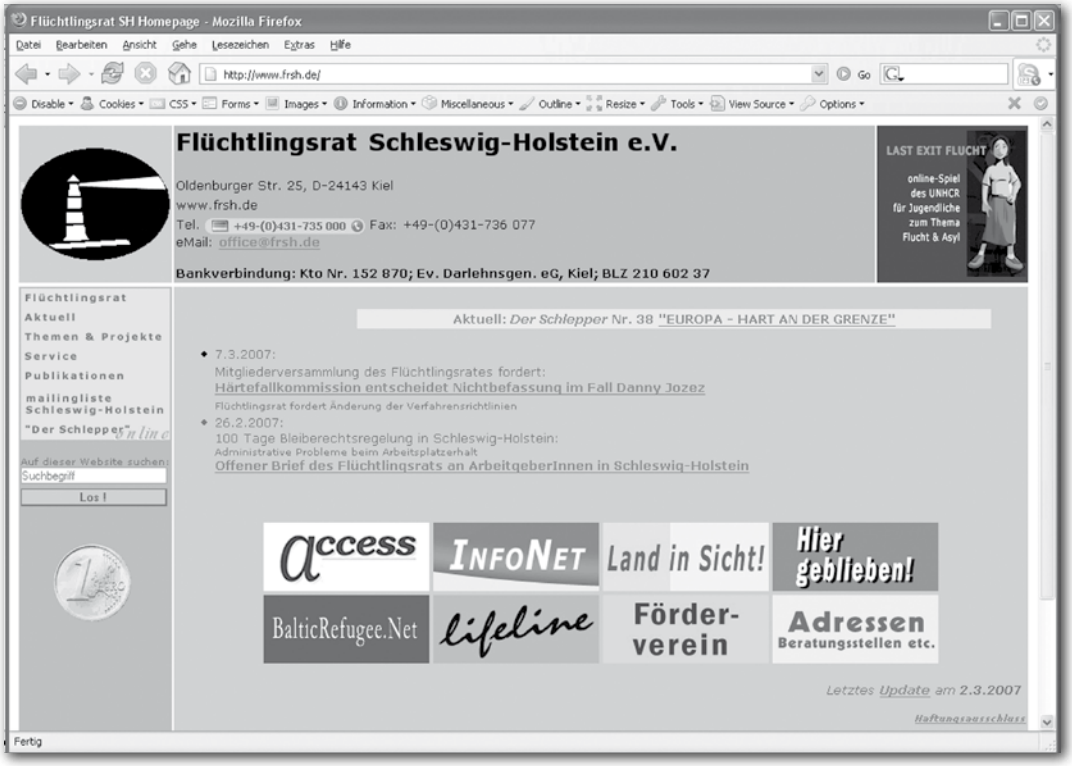
DER SCHLEPPER erschien in 2007 mit den Ausgaben

- Nr. 38, Frühjahr 2007, Schwerpunkt: **„Europa – Hart an der Grenze“**, 1.600 Expl.
- Nr. 39, Sommer 2007, Das Heft zum **„Tag des Flüchtlings 2007“**, 2.000 Expl.
- Nr. 40/41, Herbst 2007, Sonderheft **“Flüchtlingsleben in der Welt und in Schleswig-Holstein“**, 5.000 Expl.
- Nr. 42, Winter 2008, Sonderheft **„Gemeinsames Heft der Flüchtlingsräte“**, 4.800 Expl.

Alle Ausgaben erscheinen zeitgleich zur Herausgabe der Printausgaben auf der Website Der Schlepper-online im Internet: www.frsh.de.

Sonstige Publikationen

Datum	Titel/Thema (alle Publikationen online unter www.frsh.de herunterzuladen)	HerausgeberIn
März	Newsletter: **Land in Sicht-Kurier** Thema: Europäisches Jahr der Chancengeleichheit	EP-Land in Sicht!/Flüchtlingsrat SH
März	Dokumentation: **Diversity (Cultural) Managing & Interkulturelle Öffnung** und **Social-Justice Training - Soziale Gerechtigkeit und Anerkennung von Verschiedenheit und Vielfalt**	Land in Sicht! – FRSH-Projekt Inhouse-Schulungen
Mai	**Leitfaden** zur Anerkennung ausländischer Bildungs-, und Berufsabschlüsse in Schleswig-Holstein	FRSH-Projekt *access*
Mai	Online-Flyer: **Informationsflyer Bleiberecht** Informationen über Bleiberecht nach dem IMK-Beschluss und über die gesetzliche Altfallregelung in russischer, türkischer, arabischer, albanischer und englischer Sprache	Land in Sicht! – FRSH-Projekt Info-Net in Kooperation mit Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein
8. Juni	Flyer: **Arbeitsmarktpolitische Empfehlungen aus der Praxis** Initiiert von sieben arbeitsmarktpolitischen Projektverbünden für Asylsuchende mit insgesamt 62 mitwirkenden Organisationen und Institutionen	EP Land in Sicht!/FRSH und andere
12. Juni	**Offener Brief an ArbeitgeberInnen** Erstausgabe am 20.2.2007 - hier aktualisiert am 12.6.2007; Offener Brief an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Bleiberechtsregelung	Land in Sicht! – FRSH-Projekt InfoNet
Juni	**access - Newsletter Nr. 4** Good Practice: Interesse am Sport und berufliche Integration verbinden - Fit for Security, ein LOS-Projekt des TUS Gaarden. Schwerpunkt: Zielgruppenspezifische berufsbezogene Beratung von MigrantInnen.	FRSH-Projekt access
August	Flyer: **Informationen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber** in Schleswig-Holstein über neue Arbeitsmarktzugänge für Flüchtlinge und Migrantinnen in Schleswig-Holstein 2007	Land in Sicht! – FRSH-Projekt InfoNet
September	Online-Broschüre: **Schulungen mit Folgen!** Gesamtdokumentation 2005 - 2007des Projektes Inhouse-Schulungen - Förderung der Interkulturellen Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen und der Abschlusstagung „Integration und Interkulturelle Öffnung – von der Theorie zur Strategie“ am 19. September 2007 in Kiel.	Land in Sicht! – FRSH-Projekt Inhouse-Schulungen
September	**Vielfalt Gestalten! Handbuch für MultiplikatorInnen** - Berufliche Integration von Migrant/innen mit Beiträgen und Beispiele zu den Themen interkulturell kompetente Beratung, bewusste Gestaltung von Vielfalt (Diversity), aktive Antidiskriminierungsarbeit, Konzepte zum Erwerb von berufsbezogenen Deutschkenntnissen, Förderung von Selbständigkeit sowie Schaffung von gleichen Zugangsmöglichkeiten.	FRSH-Projekt access in Kooperation mit DW-Projekt Integrationslotse in der EP NOBI
Oktober	**Handlungsempfehlungen** der EQUAL Entwicklungspartnerschaft NOBI für Akteure der Arbeitsmarktpolitik erschienen	EP NOBI, FRSH-Projekt access und andere
November	Broschüre: Abschluss Land in Sicht! - **Handreichung** für die Beratungsarbeit zur beruflichen Integration von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen	EP Land in Sicht!/FRSH
November	Broschüre: **Evaluationsbericht** Auf zu neuen Ufern - Evaluationsbericht zur beruflichen Qualifizierung bleiberechtsungesicherter Flüchtlinge in Schleswig-Holstein (2005-2007)	EP Land in Sicht!/FRSH
November	Newsletter: **Land in Sicht-Kurier** Thema: Gesetzliche Altfallregelung	EP Land in Sicht!/FRSH
November	Online-Broschüre: **Abschlußbericht der Koordination de transnationalen deutsch-tschechisch-slowakischen Netzwerks MOLE**	Land in Sicht! – FRSH-Projekt Transnation. Kooperation Land ahoy!
Dezember	**access - Newsletter Nr. 5** - Anpassungs- und Nachqualifizierungsmöglichkeiten – Fachtagungsbericht; eine Bilanz der Beratung von access	FRSH-Projekt access
Dezember	Broschüre: **Gesetzliche Altfallregelung im Aufenthaltsgesetz** - Neue Kundinnen und Kunden nach SGB II	Land in Sicht! – FRSH-Projekt InfoNet



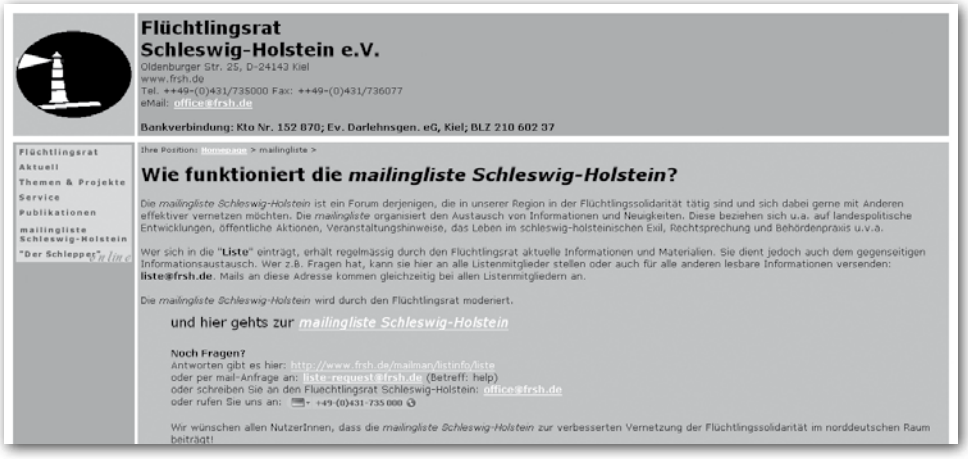
Internet

Die online-gestützte Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates ergänzt die publikationsgestützten Angebote. Dies schafft den Zielgruppen von Informationsangeboten einen jederzeit möglichen dezentralen und zeitnah aktualisierten Zugriff auf eine Vielzahl beratungsrelevanter Informationen und aktueller Nachrichten. Die internetgestützte Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates hat sich im Berichtsjahr weiter themen- und zielgruppenspezifisch diversifiziert. Die Angebote kommentierende Rückmeldungen aus dem Kreis unterschiedlichster NutzerInnengruppen sind positiv. Das Ranking der verschiedenen Web-Seiten des Flüchtlingsrates ist hoch.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Jahr 2007 eine weiterhin steigende Nachfrage beim Zugriff auf seine Web-Seiten erlebt. Allein auf Seiten des Portals frsh.de erfolgten 171.484 Besuche (46 Prozent Steigerung; im Vorjahr 116.873) und 1.367.593 Anfragen (37 Prozent Steigerung; im Vorjahr 996.442). Über folgende web-Seiten hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein im Berichtsjahr online-gestützt Informationen multipliziert:

Mailingliste SH

Die „Mailingliste Schleswig-Holstein“ besteht seit 2000. Bis Ende 2006 hatten sich 380 NutzerInnen (40 Prozent Steigerung) eingetragen. Schwerpunkt ist die Multiplikation von Informationen und Materialien für die politische, soziale und juristische Unterstützungsarbeit sowie Materialien für die Beratung im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Berichtszeitraum wurden über die Liste 430 Nachrichten und Dokument-Dateien versandt.



www.frsh.de	Portal des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein mit Seiten zu: Informationen über den Flüchtlingsrat; Behördenstruktur und Erlasslage; HFK; Pressemitteilungen; Terminen & Veranstaltungen; Der Schlepper-online & andere Online-Publikationen; Abschiebungshaft; Schulungs- & Unterrichtsmaterialien; Beratungsstellenadressen; Links; Mailinglistenzugänge; FÖRDERVEREIN des Flüchtlingsrates; EQUAL-EPn perspective und Land in Sicht! u.a..
www.infonet-frsh.de	Online-Angebot des EQUAL-Land in Sicht!-Projektes InfoNet mit einem vielfältigen Informationsangebot zu Bildungs- und Berufszugängen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge für Betroffene und MultiplikatorInnen. (2007: 26.453 Besuche; 100.770 Anfragen)
www.access-frsh.de	Domain des EQUAL-NOBI-Projektes access mit einem vielfältigen Informationsangebot zu Bildungs- und Berufszugängen für bleiberechtsgesicherte Flüchtlinge und andere Migrantinnen und Migranten für Betroffene und MultiplikatorInnen.
www.hiergeblieben.info	Vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein moderierte Seite des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein.
www.lifeline-frsh.de	Seiten des „Lifeline-Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V." mit Informationen zur rechtlichen Situation von UMF; zur relevanten Landespolitik; Leitfaden UMF; Adressen; zur Vormundschaftsarbeit; Veranstaltungen etc.
www.baltic-refugee.net	Web-Seite des Flüchtlingsrats mit asyl- und ausländerrechtlichen Informationen im Ostseeraum.

Presse

38 Presseerklärungen hat der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum veröffentlicht (vgl. www.frsh.de/presse/presse.htm). Presseanfragen erreichten uns insbesondere zu den Themen Bleiberecht, Unterbringung von Flüchtlingen, Situation sog. Illegalisierter und diesbezügliche rechtspolitische Fragen, Fragen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge und MigrantInnen, Abschiebungen in prekären Einzelfällen oder zu den vom Flüchtlingsrat organisierten Veranstaltungen. In den elektronischen Presseverteiler des Flüchtlingsrats hatten sich bis Ende des Berichtszeitraums 177 MedienvertreterInnen eingetragen (7 Prozent Steigerung).

Pressemitteilungen 2007

6.12.2007	Zur Innenministerkonferenz: Erwartungen an die Bleiberechtsregelung nicht erfüllt **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und PRO ASYL fordern großzügiges Bleiberecht und Abschiebestopps für mehrere Länder**
14.11.2007	Norderstedt - „Expertenworkshop Migration & Integration" fordert: **Ein kommunaler Integrationsplan für Norderstedt!**
9.11.2007	Preisverleihung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein in Rendsburg: **„Leuchtturm des Nordens 2007" für Husumer Flüchtlingsinitiative**
2.11.2007	Neumünster - Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltungen und Arbeitswelt einig: **INTEGRATION VON MIGRANTINNEN IST EINE BRINGSCHULD VON STAAT UND GESELLSCHAFT**
11.10.2007	Zum Bericht des Kieler Innenministeriums zur Situation von Kinderflüchtlingen: **lifeline-Vormundschaftsverein und Flüchtlingsrat fordern kindgerechten Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**
18.9.2007	Anlässlich des Weltkindertages am 20. September: **Flüchtlingsrat und lifeline-Vormundschaftsverein fordern volle Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention**.
7.9.2007	Erneuter Prozess gegen Seenotretter in Italien: **Flüchtlingsräte der Länder erklären Solidarität mit sieben tunesischen Fischern in italienischer Haft.**
27.03.06	Delegation zu Newroz Feiern in Osttürkei - **Flüchtlingsrat: „Erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen in die Türkei unverantwortlich"**
31.03.06	**Kein Aprilscherz: Dauerkasernierung von Schutzbedürftigen**
13.04.06	**Rückkehrrisiken und zunehmende Gewalt gegen Kurden in der Türkei**
27.04.06	**Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert Innenminister Stegner auf, beim Bleiberecht für Geduldete in der Innenministerkonferenz „kompromisslos großzügig" zu bleiben**

Pressemitteilungen 2007

4.9.2007	Bleiberechtsbündnis kritisiert Beschluss des Kieler Innenministeriums: **Aufnahme von Flüchtlingen künftig nur noch direkt in Rückkehrförderung & Ausreisezentrum?**
2.9.2007	XI. FORUM des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein: **„Ausgrenzende Ausländerverwaltung im Einwanderungsland Deutschland“**
25.7.2007	Braunschweig: **Massenvorladungen afrikanischer Flüchtlinge - Sammelabschiebungen zu erwarten?**
24.7.2007	**Kieler Härtefallkommission verwirft Anrufung von Kurshid A.** Auch sein spontaner Fluchtversuch auf dem Weg zur Abschiebung misslingt.
22.7.2007	Nach 15 Jahren unbescholtenem Aufenthalt: **Ausländeramt Ostholstein schiebt ab - Ehefrau schiebt Panik!** Vorwurf der Scheinehe wider alle Gegenbeweise.
12.7.2007	OVG Schleswig greift ein: **LANGJÄHRIG GEDULDETER KURDISCHER FLÜCHTLING KOMMT AUS ABSCHIEBUNGSHAFT FREI.** Segeberger Ausländerbehörde darf Asylversagensgründe nicht zum Ausschluss aus der gesetzlichen Bleiberechtsregelung missbrauchen.
11.7.2007	Langjährig geduldeter kurdischer Flüchtling in Abschiebungshaft: **Segeberger Behörde lässt erwartete gesetzliche Altfallregelung noch vor ihrem Inkrafttreten ins Leere laufen.** Flüchtlingsrat fordert Eingreifen des Kieler Innenministers.
5.7.2007	Neumünster: **PROTESTAKTION DER FLÜCHTLINGE AUS DER SCHOLZ-KASERNE**
20.6.2007	Zum Internationalen Tag des Flüchtlings: **One-Way-SPEZIALIST SCHÄUBLE-REISEN WIRBT MIT MÖRDERANGEBOTEN BEI DER KIELER WOCHE**
14.6.2007	**Flüchtlingsrat begrüßt Sri-Lanka-Abschiebungsstopp des Kieler Innenministers**
14.6.2007	**GESETZ MUSS VERBESSERTEN ZUGANG ZU ARBEIT UND BILDUNG FÜR FLÜCHTLINGE LEISTEN!** Bundesweites arbeitsmarktpolitisches Netzwerk gibt politische Handlungsempfehlungen
25.5.2007	Diakonieverein Migration Pinneberg e.V.: **Diakonie stellt Strafanzeige gegen Vertragsärztin der Ausländerbehörde Pinneberg**
18.5.2007	**Farah Karimi: Afghanistan - ‚Nation Building‘ oder Krieg ohne Ende?** Vortrag im Kieler Landeshaus am 21. Mai
16.5.2007	Kieler Flüchtlingsrat unterzeichnet „Charta der Vielfalt“ **STAATSMINISTERIN MARIA BÖHMER ÜBERREICHT URKUNDE IM BUNDESKANZLERAMT**
11.5.2007	**Murat Kurnaz: „Fünf Jahre meines Lebens“** Lesung mit dem Literatur-Interpreten Barney B. Hallmann in der Kieler Uni
9.5.2007	MigrantInnen- und Bildungsorganisationen appellieren an den Kieler Innenminister: **WEG MIT DEM VERBOT EHRENAMTLICHER TÄTIGKEIT VON FLÜCHTLINGEN!** Minister Stegner soll sich auf Bundesebene einsetzen.
20.4.2007	Zum Jahresbericht 2006 des Landesbeirats Abschiebungshaft: **Kieler Flüchtlingsrat fordert Beachtung des Übermaßverbotes bei Festnahmen und Erlass gegen rechtsfehlerhafte Haftbeschlüsse.** Inhaftierung und Abschiebung von traumatisierten Gewaltopfern absolut inakzeptabel.
3.4.2007	**KIELER FLÜCHTLINGSRAT BEGRÜSST ABSCHIEBESTOPP FÜR BLEIBEBERECHTIGTE.** BESORGNIS MIT BLICK AUF RESTRIKTIVE ANWENDUNG DER BLEIBERECHTSREGELUNG.
29.3.2007	**FLÜCHTLING DANNY JOZEZ AUS DER ABSCHIEBUNGSHAFT ENTLASSEN**

Pressemitteilungen 2007

29.3.2007	Das gestern im Bundeskabinett beschlossene ‚'Antiausländer-Gesetz'': **Gesetzliche Bleiberechtsregelung eine Lostrommel voller Nieten!** Flüchtlingsorganisationen befürchten: weiter Kettenduldungen statt Bleiberecht, mehr Haft und weniger Rechtsschutz, Ausgrenzung statt Integration.
22.3.2007	Kieler Flüchtlingsrat unterstützt die Kritik des UN-Sonderberichterstatters: **Forderung nach voller Teilhabe an schulischer Bildung auch für Flüchtlinge**
7.3.2007	**Härtefallkommission entscheidet Nichtbefassung im Fall Danny Jozez** Flüchtlingsrat fordert Änderung der Verfahrensrichtlinien
26.2.2007	100 Tage Bleiberechtsregelung in Schleswig-Holstein: **Administrative Probleme beim Arbeitsplatzerhalt.** Offener Brief des Flüchtlingsrats an ArbeitgeberInnen und Unternehmen.
25.2.2007	Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats fordert: **Haftentlassung für Danny Jozez und Beratung des Falls in der Härtefallkommission**
22.2.2007	24. Februar: Bundesweiter Aktionstag **Jugendliche Flüchtlinge fordern Bleiberecht und Kinderrechte.** Infostand von „Jugendliche ohne Grenzen SH" in Kiel
21.2.2007	Flüchtlingsrat protestiert gegen Abschiebung am frühen Morgen: **Flüchtling Danny Jozez heute nach Liberia abgeschoben.** Härtefallkommission ausgetrickst.
14.2.2007	Nach 29 Tagen Hungerstreik in Abschiebungshaft: **Kurdischer Flüchtling Engin Celik wieder frei!**
6.2.2007	**Abschiebung nach 14 Jahren vorbildlicher Integration?** Flüchtlingsrat und Bürgerinitiative FIT e.V. aus Oldesloe fordern Bleiberecht. Kreis Stormarn versucht Flüchtling nach Liberia abzuschieben - Pilot spielt nicht mit.
1.2.2007	**BÜNDNIS BLEIBERECHT KRITISIERT LANDESERLASS ZUM BLEIBERECHT UND FORDERT UMGEHENDE GESETZLICHE BLEIBERECHTSREGELUNG**
26.1.2007	Freilassung und Bleiberecht für Engin Celik: **29. JANUAR: KUNDGEBUNG VOR DEM KIELER INNENMINISTERIUM**
19.1.2007	FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN und PRO ASYL begrüßen: **Wahl des Begriffs "Freiwillige Ausreise" zum Unwort des Jahres 2006**

Politische Initiativen, Themen und Projekte

Innenministerkonferenz

Im Berichtsjahr hat der Flüchtlingsrat mit Blick auf die Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder (IMK) v.a. die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete in regelmäßigen Gesprächen mit Kieler Ministeriumsvertretern und bei Treffen mit Abgeordneten der im Landtag vertreten Parteien erörtert. Der Flüchtlingsrat hat dabei und der herzu geleisteten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eng mit dem *„Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein"* und der Gruppe *„Jugendliche ohne Grenzen Schleswig-Holstein"* kooperiert. Weiterhin hat er gemeinsam mit den anderen Landesflüchtlingsräten und PRO ASYL zu den bundesweiten Demonstrationen für eine Bleiberechtsregelung am Rande der IMK in Berlin aufgerufen.

Bundestag

Der Flüchtlingsrat hat im Berichtszeitraum Verbindung zu schleswig-holsteinischen und anderen Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen aufgenommen. Thema war hier der im Memorandum *„Der Anfang ist gemacht"* festgestellte und veröffentlichte Bedarf an rechtspolitischen Initiativen zur Etablierung von Integrationsförderinstrumenten für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge in der Arbeitsmarktförderung.

Kieler Landtag

Die Teams der Geschäftsstelle und verschiedener themenspezifischer Projekte des Flüchtlingsrats standen im Berichtszeitraum im Austausch mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Kieler Landtags. Themen waren dabei die geforderte Bleiberechtsregelung und die Bedarfe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, Defizite bei der Integration von Flüchtlingen, Förderung der Arbeitsmarktintegration etc..

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum die schon in der Vergangenheit gute Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des schleswig-holsteinischen Landtages bei der Fortbildungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Integrationsförderung fortgesetzt.

Innenminister Dr. Ralf Stegner besucht den Infostand des Flüchtlingsrates am 10. Juli in Kiel-Mettenhof

Landespolitische Themen

Der Flüchtlingsrat hat sich im Berichtszeitraum insbesondere mit den Themen der Transitflüchtlinge und der schleswig-holsteinischen Verfahrenspraxis zur Dublin-II-Verordnung beschäftigt. Weiterhin wurde der Verwaltungsumgang mit Kinderflüchtlingen und mit traumatisierten ausreisepflichtigen Personen recherchiert sowie die Erlasslagen zur Bleiberechts- & Altfallregelung mit der Fachaufsicht diskutiert.

Der Flüchtlingsrat hat gemeinsam mit dem *Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein (NISCHE)* eine Plakatausstellung zur Situation sog. Illegaler im Bundesland durchgeführt. (www.nische-sh.de) und in Abstimmung mit dem Vormundschaftsverein *lifeline e.V.* gegenüber dem Innen- und Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss des Landtages zur Situation Minderjähriger Unbegleiteter Flüchtlinge Stellung genommen.

Kieler Innenministerium

Im Kieler Innenministerium führte der Flüchtlingsrat auch im Berichtszeitraum ca. alle sechs Wochen Gespräche mit dem Leiter und ggf. mit weiteren MitarbeiterInnen der Ausländerabteilung.

Berufliche Integration von Flüchtlingen

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum den Themenbereich der integrationsorientierten beruflichen Qualifizierung für Flüchtlinge weitergeführt.

Im Berichtszeitraum hat die vom Flüchtlingsrat koordinierte EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!* in Kooperation mit dem *Diakonischen Werk Schleswig-Holstein* sowie den Bildungsträgern *ZBBS-Kiel* und *UTS-Rendsburg* landesweit an ca. 12 Standorten Projekte der beruflichen Qualifizierung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht und erfolgreiche Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung von betrieben und Verwaltungen fortgesetzt.

Gleichzeitig hat der Flüchtlingsrat in der bundesländerübergreifenden EQUAL-Entwicklungspartnerschaft *Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten* (NOBI) sein Teilprojekt access weiterentwickelt, das auf bleiberechtsgesicherte Flüchtlinge und andere MigrantInnen ausgerichtet ist.

„Leuchtturm des Nordens 2007"

Der Flüchtlingsrat hat anlässlich *Der Land in Sicht!*-Abschlussveranstaltung im November 2007 in Rendsburg zum dritten Mal den *„Leuchtturm des Nordens"*, den Preis des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein für herausragendes Engagement in der Flüchtlingssolidarität, vergeben. Preisträger war diesmal der UnterstützerInnenkreis der Familie Makitu aus Husum. Der UnterstützerInnenkreis hatte in monatelanger intensiver Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich ein Bleiberecht für die von Abschiebung in die Demokratische Republik Kongo bedrohte dreiköpfigen Familie erreicht.

Der Preisträger des *„Leuchtturms des Nordens"* aus dem Vorjahr, der Migrationssozialberater Abdulla Mehmud aus Lübeck, hielt die Laudatio.

Von Ruhe keine Spur – die Türkei bleibt Krisengebiet

Wie im letzten Jahr beteiligten sich auch 2007 VertreterInnen des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein an internationalen Delegationen zu den kurdischen Newroz Feiern in der Türkei. Die verschiedenen Reiserouten der Delegationen führten zu unterschiedlichen Eindrücken – starke Militärpräsenz und massive direkte Bedrohung während der Feiern an der Grenze zu Iran und Irak, politische Repressionen und subtile Unterdrückungsmechanismen in den Gebieten um Diyarbakir, Elazig und Dersim. Das gemeinsame Fazit ist jedoch, dass die kurdischen Regionen in der Türkei nach wie vor von wirtschaftlichen und sozialen Problemen, staatlichen Repressionen und der permanenten Gefahr militärischer Auseinandersetzungen geprägt sind.

Laut der Menschenrechtsorganisation Insan Halklari Dernegi, IHD; in Diyarbakir haben im Jahr 2006 bis ins Jahr 2007 Verhaftungen und Anklagen gegen MenschenrechtlerInnen und Mitglieder der DTP zugenommen. Der Vorstoß des Bürgermeisters der Provinz Diyarbakir, Osman Baydemir, in den Ämtern und im Straßenverkehr türkische und kurdische Beschriftungen einzuführen und in öffentlichen Einrichtungen kurdisch als zweite Sprache zuzulassen, brachte ihm auch im März 2007 noch ein Strafverfahren ein.

Die gesundheitliche Versorgung ist ungenügend u.a. durch die zunehmende Privatisierung des Gesundheitssystems. Den TIHV, der Traumatisierte betreut, gibt es nur in wenigen Großstädten.

Mit dem Bau des Ilisu-Staudamm am Tigris steht der Untergang der jahrtausendealten historischen Stadt Hasankeyf und ihrer Umgebung, die von verschiedenen Völkern geprägt wurde, bevor. So werden wieder Dörfer zerstört und Zigtausende, müssen ohne angemessene Alternative ihre angestammten Gebiete verlassen. Die Türkei erhält die Kontrolle über den Wasserfluss in die Anrainerstaaten Irak und Syrien ohne entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Der wirtschaftliche Nutzen des Staudamms wird von ExpertInnen als gering eingeschätzt. Am 20. März 2007 trafen sich AktivistInnen aus der Region und VertreterInnen der internationalen Delegationen, um im Rahmen der Aktion „Park der Hoffnung" einen Baum für Hasankeyf zu pflanzen..

Obwohl es im Vorfeld massive Einschüchterungsversuche gab, verliefen die Newroz-Feiern in Diyarbakir mit 500 000 TeilnehmerInnen ruhig. In den Grenzregionen wie Sirnak oder Van standen die Feiern im Zeichen massiver Militär- und Polizeipräsenz. Nach dem Fest gab es zahlreiche Verhaftungen. Enttäuscht zeigten sich MenschenrechtlerInnen und VertreterInnen von kurdischen Organisationen über das Desinteresse der EU, sich für eine Demokratisierung in der Türkei einzusetzen.. Auch die Kriminalisierung kurdischer Vereine in Deutschland diene nicht der Demokratisierung, sondern bestätige die repressive Haltung der türkischen Regierung.

Astrid Willer

Die Gruppe „Kurdisches Frauenfrühstück" aus Norderstedt feiert Newroz.

Hilfen im Einzelfall

Härtefallkommission

Während der Flüchtlingsrat im Jahr 2006 noch mit zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern in der Härtefallkommission vertreten war, ist er seit dem Jahre 2007 nur noch mit einem Mitglied und einem Vertreter, nämlich Arno Köppen, Tellingstedt, und Solveig Deutschmann, Nortorf, in der Härtefallkommission vertreten.

Im vorliegenden Berichtszeitraum hat die Härtefallkommission 6 x ordentlich getagt. Hinzu kommen 3 Umlaufverfahren. Des Weiteren fand eine Informationsveranstaltung mit dem seinerzeitigen Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Ralf Stegner, statt, sowie eine Sitzung, in der über die neuen Verfahrensgrundsätze der Härtefallkommission beraten und bestimmt wurde.
Beim Flüchtlingsrat selbst hat die Arbeitsgemeinschaft der Härtefallkommission zweimal getagt, wobei hierbei der Schwerpunkt bei den neu zu beschließenden Verfahrensgrundsätzen der Härtefallkommission lag.

Die Härtefallkommission orientiert sich bei ihren Beratungen und Beschlussfassungen an den von ihr gem. § 12 Abs. 3 der Ausländer- und Aufnahmeverordnung Schleswig-Holstein beschlossenen Verfahrensgrundsätze in der am 9. Oktober 2007 geänderten Fassung.
Die für die Prüfung von Integrationsleistungen erforderliche Regelmindestaufenthaltszeit im Bundesgebiet von ist von vordem sechs Jahren nunmehr auf fünf Jahre verringert worden. Zudem kann nunmehr bei der Beurteilung von Integrationsleistungen von Familien aufgrund der besonderen Verantwortung für das Kindeswohl die altersgerechte Integration nichtvolljähriger Personen besonders berücksichtigt und bewertet werden. Schließlich ist eine Protokollnotiz zu den Verfahrensgrundsätzen aufgenommen worden, nach welcher die Mitglieder der Härtefallkommission feststellen, das Ausländerinnen und Ausländer, die den Regelausschlussgrund eines nicht nur kurzfristigen - bis zu drei Monaten - unrechtmäßigen Aufenthalt im Bundesgebiet erfüllen, nicht generell von der Prüfung der von Ihnen geltend gemachten Härtefallgründe ausgeschlossen sind.

In der Härtefallkommission sind im Jahre 2007 insgesamt 23 Fälle mit 42 Betroffenen entschieden worden. Gegenüber dem Jahr 2006 bedeutet dies einen Rückgang der Anzahl der Fälle um über 50 %. Einen Rückgang hinsichtlich der Anzahl der Betroffenen um ca. 70 %.

In 10 der 23 Fälle mit 10 Betroffenen ist von der Härtefallkommission ein Härtefallersuchen beschlossen worden. Hiervon hat der Innenminister in 8 Fällen mit 8 betroffenen Personen eine Anordnung nach § 23 a AufenthG an die jeweils zuständige Ausländerbehörde gerichtet. In 2 Fällen mit 2 betroffenen Personen hat der Innenminister die Anordnung nach § 23a AufenthG gegenüber der Ausländerbehörde versagt. In 13 der 23 Fälle mit 32 betroffenen Personen ist von der Härtefallkommission kein Härtefallersuchen beschlossen worden. In 40 Fällen mit 93 Betroffenen kam es lediglich zu einer Vorprüfung durch die Geschäftstelle der Härtefallkommission. Hierbei konnte in 31 Fällen mit 79 betroffenen Personen eine positive Entscheidung herbeigeführt werden:

In 17 Fällen mit 63 Betroffenen konnte die Bleiberechtsregelung oder die gesetzliche Altfallregelung angewendet werden. In 6 Fällen mit 8 Betroffenen konnte eine positive Entscheidung durch die Ausländerbehörde erwirkt werden. In 8 Fällen mit 8 betroffenen Personen konnte auf andere - vorrangige - zielführende Verfahrensmöglichkeiten verwiesen werden.

In 9 Fällen mit 14 betroffenen Personen hat die Vorprüfung durch die Geschäftsstelle der Härtefallkommission eine negative Entscheidung ergeben. In 4 Fällen mit 5 betroffenen Personen ist festgestellt worden, dass Regelausschlussgründe offensichtlich erfüllt sind. In 2 Fällen mit 6 betroffenen Personen ist festgestellt worden, dass Härtefallkriterien im Sinne der Verfahrensgrundsätze offensichtlich nicht erfüllt sind. In 3 Fällen mit 3 Personen sind sonstige negative Entscheidungen getroffen worden.

Von den 23 beratenen und beschlossenen Fällen sind die Härtefallanträge in 19 Fällen mit 38 betroffenen Personen mit langjährigem Aufenthalt mit besonderer Integration begründet worden. In 2 Fällen mit 2 betroffenen Personen ist auf langjährigen Aufenthalt junger Erwachsener, wenn Integration erkennbar ist oder erwartet wird, abgestellt worden. In einem Fall mit einer betroffenen Person ist auf die Trennung von in der Bundesrepublik mit rechtmäßigem Aufenthalt lebenden Verwandten bei Unzumutbarkeit der Lebensführung im Herkunftsland, wenn Integration erkennbar ist oder erwartet, abgestellt worden.

In einem Fall mit einer betroffenen Person ist auf schwerste gesundheitliche Problematik hin, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können, abgestellt worden.
Die Schwerpunktherkunftsländer sind Serbien und Türkei, ferner Pakistan, Afghanistan, Syrien, Usbekistan, Iran, Russische Förderation und Nigeria.

Der vollständige HFK-Jahresbericht der VertreterInnen des Flüchtlingsrates und zahlreiche weitere Informationen über die Härtefallkommission steht im Internet: http://www.frsh.de/behoe/hfk.html

Arno Köppen, Solveig Deutschmann

Beratung in Abschiebungshaft

Seit 2004 besteht das ehrenamtliche Projekt der Abschiebungshaftberatung des Flüchtlingsrates in der JVA Rendsburg. In der Abschiebehafteinrichtung (AHE) RD wurden im Berichtsjahr insgesamt 288 Flüchtlinge verwahrt. Die folgenden Zahlen sind der behördlichen „Aufstellung der Abschiebehaftdauer“ entnommen.

Zur Beendigung der Haft wurden u.a. folgende Gründe und Zahlen aufgeführt: 35 Männer wurden nach Deutschland freigelassen; bei 70 Personen Abschub ins Heimatland (hier wird behördlich offenbar auch erfasst, wenn Rückführungen nicht erfolgreich sind); 159 Personen wurden in Drittländer abgeschoben.

Die größte nationale Gruppe waren im Berichtsjahr die Iraker mit 84, Personen aus der Türkei mit 20, Afghanen mit 19 und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (inkl. Kosovo-Albaner).

Für 7 Männer betrug die Haftdauer mehr als 100 Tage, die längste betrug 183 Tage.

Die Freilassung nach Deutschland betrug mit 35 Personen etwa 11 %. Zuführung geschah in 183 Fällen durch die Bundespolizei, das sind in der Mehrheit sog. Dublin-II-Fälle, i.d.R. Durchreisende von und nach Skandinavien.

Innerhalb der AHE hat sich die Lage für mich entspannt, das Verhältnis der Vertreter des Flüchtlingsrates zu den dortigen Beschäftigten ist sachlich bis freundlich. Besonders hervorheben möchte ich die Zusammenarbeit mit der Abschiebungshaftberatungsstelle des Diakonievereins Migration Rendsburg sowie mit der Asyl-Gruppe von Amnesty-International Kiel.

In 2007 erfolgten durch Achim Weinrich und Eckard Vogt rund 80 Besuche in der Haft war, oftmals mit mehreren unterschiedlichen Beratungsgesprächen. Zusätzlich haben die im Projekt Aktiven an Fortbildungen teilgenommen.

Achim Weinrich

Beratung - Schulung - Vernetzung

Beratung & Schulung

Über die Mitglieder des Flüchtlingsrates hinaus haben im Berichtsjahr zahlreiche weitere Organisationen, Gruppen, hauptamtlich Tätige oder ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen die (MultiplikatorInnen)Beratungs- und Schulungsangebote und –materialien des Flüchtlingsrates in Anspruch genommen. Die Nachfrage übersteigt hier inzwischen deutlich die Kapazitäten der Geschäftsstelle.

2007 hat der Flüchtlingsrat mit zahlreichen Veranstaltungen einen Schwerpunkt in der Fortbildung und Schulung von haupt- und ehrenamtlichen MultiplikatorInnen aus Bildungs- und Erziehungsarbeit, aus Arbeits- und Kommunalverwaltungen, Vereinen und aus Einrichtungen und Initiativen der Flüchtlingshilfe und Migrationsberatung gesetzt.

Die Entwicklung, dass der Flüchtlingsrat von Information und Beratung Suchenden insbesondere bei zielgruppen- oder themenspezifischen Fragen kontaktiert wird, hat sich fortgesetzt: Einzelberatung wurde im Berichtsjahr insbesondere in der Geschäftsstelle abgefragt oder beim Projekt *access* – hier zu Fragen von Ausbildung oder der Arbeitsmarktintegration – eingeholt. Kinderflüchtlinge erhielten Beratung und Hilfen beim Zweigverein *lifeline*. Das Projekt der *Ehrenamtlichen Verfahrensberatung in der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg* hat Abschiebungshäftlinge in der JVA Rendsburg beraten.

Zunehmend ist aber auch die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates und das Projekt InfoNet im Berichtsjahr Anlaufstelle für Einzelfallberatungen oder bei der Recherche Einzelfall-relevanter Fragen gewesen. Nach einer sorgfältigen Ermittlung des jeweiligen Beratungsbedarfes und wenn den vorgebrachten Fragen von der Geschäftsstelle nicht direkt abgeholfen werden kann, vermittelt der Flüchtlingsrat i.d.R. an problemkompetente Initiativen bzw. an Fachberatungsstellen.

Regelmäßig kam es im Berichtsjahr zur Nachfrage nach Rechtshilfen in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Solche Rechtshilfen vermittelt der Flüchtlingsrat in Einzelfällen mit beispielhafter Bedeutung soweit entsprechende Mittel vorhanden aus dem Rechtshilfefonds von PRO ASYL oder mit Hilfe von Verbänden.

FORUM des Flüchtlingsrats

Das Mitglieder-*Forum des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein* hat 2007 zweimal stattgefunden. Eingeladen werden zum FORUM neben den Mitgliedern des Flüchtlingsrates und KooperationspartnerInnen v.a. lokale Initiativen und Gruppen sowie andere Interessierte aus der jeweiligen Region. Der Landesflüchtlingsbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil. Das *FORUM* des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein tagte

Foto oben und links: Der Autor Umeswaran Arunagininathan hat 2007 in Schulen und in der Landespolizeischule in Eutin aus seinem Buch ‚Allein auf der Flucht' gelesen.

Mit zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen - wie hier mit dem Leiter der Ausländerabteilung im Kieler Innenministerium Norbert Scharbach (re.) und dem Referenten beim Landesflüchtlingsbeauftragten Torsten Döhring (li.) - hat der Flüchtlingsrat 2007 über die veränderte Rechtslage informiert.

- in Kooperation mit der Migrationssozialberatung der Diakonie in Flensburg zum Thema: **„Transitflüchtlinge und Dublin-II-Verordnung“**;
- in Kooperation mit dem Diakonieverein Migration in Pinneberg zum Thema **„Verwaltungspraxis im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen in Pinneberg und anderenorts im Bundesland“**.

Bei den FOREN werden sowohl die Situation für Flüchtlinge und UnterstützerInnen in den Kreisen und kreisfreien Städten und mit Blick auf das Land erörtert sowie Initiativen des Flüchtlingsrates in Richtung (Landes)Regierung, Verwaltungen und/oder Öffentlichkeit verabredet.

Vernetzung

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat im Berichtszeitraum bundes- und landesweit seine Netzwerkarbeit u.a. in der *Bundesweiten AG für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.* und bei den regelmäßigen Treffen der Landesflüchtlingsräte weitergeführt. Themen dabei u.a.: Härtefallkommissionen; Arbeitsmarktförderung für Flüchtlinge; EU-Richtlinien, Gesetzliche Altfallregelung; Innenministerkonferenzen; Europäische Flüchtlingsabwehr; gemeinsamer Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Flüchtlingsrat hat als Akteur der EQUAL-EP *Land in Sicht!* und der EP NOBI auf Bundesebene an den Thematischen EQUAL-Netzwerken beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales teilgenommen.

Über den *lifeline e.V.* sind wir im *Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge* vertreten.

Auf Landesebene arbeiten VertreterInnen des Flüchtlingsrates im *Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein*, im *Netzwerk illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein* (NISCHE), im *Nordelbischen Arbeitskreis Asyl in der Kirche* sowie im *Flüchtlingsausschuss der Nordelbischen Kirchenleitung* mit.

Martin Link

Foto Seite 19:
Im Jahr 2007 hat das Projekt ‚Landesweite Beratung‘ zahlreiche Informationsveranstaltungen in Schulen durchgeführt

Foto links:
Fanny Dethloff, NEK-Flüchtlingsbeauftragte, Martin Link, Flüchtlingsrat SH und Dr. Ruth Weinzierl, Büro des Menschenrechtsbeauftragten, bei der Jahrestagung der BAG Asyl in der Kirche im November 2007 in Berlin

Projekt Landesweite Beratung

Das Projekt „Landesweite Beratung“ integriert das EFF Vernetzungsprojektes: „Vernetzung und Qualifizierung der Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein“. Zusammen mit Kooperationspartnern in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins wird das Ziel verfolgt, die Beratungssituation das migrationsrelevante Wissen von Öffentlichkeit und MultiplikatorInnen sowie die landesweiten Rahmenbedingungen zur Integrationsförderung zu verbessern. Dazu wurden 2007 verschiedene Veranstaltungen und Schulungen durchgeführt.

Die inhaltliche Öffentlichkeitsarbeit und die klienten- bzw. MultiplikatorInnenorientierte Informations- und Beratungsarbeit war 2007 erheblich beeinflusst durch die fallspezifischen und administrativen Erfordernisse in Anwendung/Beantragung des Bleiberechtsbeschlusses der Innenministerkonferenz von November 2006. Darüber hinaus sind die Mitwirkenden im Projekt besonders angefragt worden bzgl. der erwarteten Gesetzlichen Altfallregelung, die im Zuge des 2. ZuwGÄG geschaffen werden sollte.

Durch das Magazin „Der Schlepper“, die Homepage und Mailingliste des Flüchltingsrates wurden Informationen in ganz Schleswig-Holstein verbreitet. Auch die Informations-, Schulungs- und Weiterbildungsangebote u.a. zu sozialen und Fragen der Asyl- bzw. Ausländerrechtsentwicklung, zu Problemen Interkultureller Kompetenz oder zur gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Integrationsförderung sollten dezentral zugänglich sein. Darum haben Veranstaltungen im ganzen Bundesland stattgefunden.

Verschiedene Netzwerke und Runde Tische wurden zur Stärkung der Kontakte, zum Austausch von Informationen und zur Diskussion mit Entscheidungsträgern initiiert oder besucht.

Die Zielgruppen des Informations- und Schulungsangebotes sind Haupt- und Ehrenamtliche in der Migrationsberatung, in Bildungsinstitutionen, öffentlichen Verwaltungen, in MigrantInnenselbstorganisationen, relevanten Verbänden und Vereinen und interessierte BürgerInnen.

Im Jahr 2007 wurde ein besonderer Schwerpunkt auf themenspezifische, öffentliche Veranstaltungen gelegt. Themen waren Fluchtursachen (Kriegsgewalt, Folter), Fluchtwege (UMF; Europäische Flüchtlingspolitik), Empowerment jugendlicher Flüchtlinge im Exil, Rechts- und Erlasslagen sowie Flüchtlingspolitik auf Landesebene. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Belangen der Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt in migrationsspezifischen Krisensituationen und mit Blick auf die relevante Rechtsgrundlage für eine nachhaltige Bleiberechtssicherung. Es wurden vom Projekt “landesweite Beratung” Lesungen, Film-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

In Norderstedt hat das Projekt im Berichtszeitraum in Kooperation mit Anderen eine Arbeitsgemeinschaft initiiert, in der verschiedene Abteilungen der Stadtverwaltung, die Migrationsberatungsstellen der AWO und Diakonie, der VHS und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein an der Planung eines Expertenworshops zu Fragen verbesserter Integration arbeiteten. Der Workshop hat am 10.11.2007 im Norderstedter Rathaus stattgefunden und die Akteure mit der Entwicklung eines Kommunalen Integrationskonzepts beauftragt.

Andrea Dallek, Martin Link

Veranstaltungen des Projekts ‚Landesweite Beratung' 2007

Datum	Veranstaltungstitel
29.1.	Vortrag zur allgemeinen Situation und zu Bleiberechtslösungen im Rahmen der Veranstaltung **„Die Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein"** des AstA der Uni Kiel
12.2.	Berufsschule für Augenoptiker Travemünde: Projekt **„Fluchtbewegungen aus Afrika"**
8.5.	Filmveranstaltung **„Alles unter Kontrolle? - das Migrationsregime der G8"**, Galerie der Pumpe, Kiel
21.5.	Vortrag und Diskussion von Farah Karimi: **„Afghanistan – Nation Building oder Krieg ohne Ende?"**, Kieler Landeshaus
29.5.	Vortrag **„Fluchtursachen – Abschottung – Abschiebung"** im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kirche Gibt 8", Kirchenkreis Stormarn
30./31.5.	Markt der Möglichkeiten, **„Fluchtursachen und Flüchtlingsgruppen"**, Ludwig-Erhard-Schule, Kiel
1.6.	Vortrag **„Internationaler Flüchtlingsschutz, europäische Flüchtlingspolitik und deutsche Umsetzung"**, Seminar der Erziehungswissenschaften, Uni Hamburg
5.6.	Lesung mit Barney B. Hallmann: Murat Kurnaz **„Fünf Jahre meines Lebens"**, Universität Kiel
8./9.6.	Regionalkonferenz Nord, **„Chancebgleichheit und Antidiskriminierung"**, FHS Kiel
20.6.	Zum internationalen Tag des Flüchtlings: Informations-Aktion auf der Kieler Woche
22.-24.6.	Wochenendfreizeit in Neustadt/Ostsee im Umwelthaus mit acht Flüchtlingsfamilien
27.6.	Fachveranstaltung: **Gesetzliche Altfallregelung** in Neumünster (BBSH)
29.7.	Kinderfest für Flüchtlingskinder in Norderstedt
5.9.	**XI. Forum des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein** in Pinneberg
8.9.	Leitung der Arbeitsgruppe **„Klimagerechtigkeit II: Lebensbedingungen in Entwicklungsländern und klimabedingte Migration"**, Norddeutsche Klimakonferenz, Kunsthalle in Kiel
13.9.	Filmvorführung: **„ungeduldig!"** In der ZBBS (in Kooperation mit „Jugendliche ohne Grenzen", Lifeline e.V., ZBBS und dem Bildungswerk „anderes lernen – Heinrich-Böll-Stiftung)
17.9.	Berufsschule für Augenoptiker, Travemünde: Vortrag zu Fluchtgründen, asylrechtlichen Grundlagen und der Situation von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit Abdulla Mehmud vom Flüchtlingsforum Lübeck.
20./21.9.	Lesungsreise durch Schleswig-Holstein mit dem Autoren **Umeswaran Arunagirinathan**: Integrierte Gesamtschule Friedrichsort, Kiel; Polizeischule Eutin; Univerität Kiel, Ernst-Barlach-Gymnasium, Kiel (in Kooperation mit „Jugendliche ohne Grenzen", Lifeline e.V., ZBBS und dem Bildungswerk „anderes lernen – Heinrich-Böll-Stiftung)
25.9.	Vortrag von dem irakischen Psychiater **Dr. Numan Ali**, St. Markus-Gemeinde, Kiel-Gaarden
28.9.	Teilnahme an Podiumsdiskussion am „Tag des Flüchtlings" in Bad Oldesloe
26.9.	Filmgespräch zu **„Als der Wind den Sand berührte"** im Kommunalen Kino, Pumpe, Kiel
10.10.	Tagung zur Änderung des Zuwanderungsgesetzen im Kiek In, Neumünster
17.10.	Vortrag **„Flüchtlingsarbeit und Flüchtlingspolitik: Erfahrungen mit Diskriminierungen"** im Rahmen der Ringvorlesung „Antidiskriminierung und Chancengleichheit" an der Fachhochschule Kiel
10.11.	Expertenworkshop **„Migration und Integration"** im Rathaus Norderstedt
29.11.	Veranstaltung zur europäischen Abschottungspolitik / Frontex im Otto-Passarge-Saal, Lübeck (Kurzreferat und Moderation)
2.12.	Benefizkonzert mit dem Norderstedter Förderverein Flüchtlingshilfe
10.12..	**„Die Mittel zum Zweck – Diskussionsveranstaltung zum Folterverbot"** im Audimax der Universität Kiel
13.12.	Vortrag im Rahmen des Themenabends **„Flüchtlinge in Lübeck"** an der Willi-Brandt-Schule Lübeck
16.12.	Interkulturelles Fest in Norderstedt

access – Agentur für Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen

Das Projekt ***access*** war bis zum Ende der Laufzeit des EU-Programmes EQUAL am 31.12. 2007 Teilprojekt der Entwicklunspartnerschaft *NOBI - Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten*. Die EP wurde finanziert aus Mitteln des Programmes EQUAL sowie des BMAS und koordiniert von Weiterbildung Hamburg e.V. Die EP NOBI konnte in 2007 von 12 auf 14 Teilprojekte in 4 Bundesländern erweitert werden in Hamburg mit 10 Teilprojekten sowie zweien in Mecklenburg-Vorpommern und je einem in Bremen und Schleswig-Holstein.

Als einziges NOBI-Teilprojekt in Schleswig-Holstein hat sich ***access*** in Trägerschaft des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein auch im Jahr 2007 der dezentralen berufsbezogenen Beratung für erwachsene bleibeberechtigte Flüchtlinge und MigrantInnen, der Bündelung von zielgruppenspezifischen Angeboten und Fachinformationen zu Bildung und Beruf auf der Webseite *www.access-frsh.de* und der Vernetzung und Fortbildung von MultiplikatorInnen aus den Bereichen, Bildungs- und Berufsberatung, Arbeitsverwaltung und Migrationsberatung im Sinne einer Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Beruf für Flüchtlinge und MigrantInnen gewidmet.

Beratung

Neben der in 2006 etablierten regelmäßigen Einzelberatung in Kiel und Pinneberg, in Kooperation mit dem Diakonieverein Migration in Pinneberg, gab es in 2007 verstärkte Nachfrage nach Gruppenberatungen seitens Integrationskurs- oder Frauengruppen. Entsprechend wurden in 2007 zusätzlich Gruppen- und Einzelberatungen in Bad Segeberg, Elmshorn, Neumünster, Husum in Kooperation mit lokalen Trägern durchgeführt. Während es in den Gruppenberatungen vor allem um Orientierungshilfen und Informationen über das Bildungs- und Ausbildungssystem ging, standen im Mittelpunkt der mehr als 200 Einzelberatungen zumeist die Frage der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Hilfe bei der Suche nach geeigneten Qualifizierungs-möglichkeiten und nach finanzieller Förderung von Bildung bzw. Ausbildung sowie die Unterstützung beim Umgang mit der ARGE.

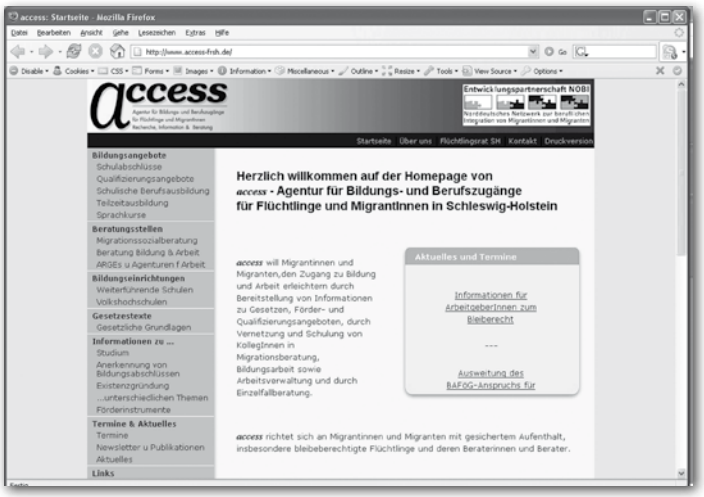
Fortbildungen

Anknüpfend an die erfolgreichen Tagungen zu Hartz IV und Migration in 2006 hat ***access*** mit dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein, dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen und der Zentralen Beratungs- und Bildungsstelle für MigrantInnen ZBBS e.V. im November 2007 eine landesweite Fachtagung „Berufliche Qualifizierung für MigrantInnen in Schleswig-Holstein – Möglichkeiten der Anpassungs- und Nachqualifizierung“ u.a. mit VertreterInnen des Arbeitsministeriums und der Kammern als ReferentInnen durchgeführt, die mit fast 100 TeilnehmerInnen von Bildungsträgern, Migrationsfachdiensten sowie ARGEn und Agenturen sehr gut besucht war und einen weiteren Beitrag zur Vernetzung der für die Arbeitsmarktintegration relevanten Akteure leisten konnte. Ein Ergebnis der Vernetzung der EQUAL- EPn in Schleswig-Holstein war die Abschlusstagung „Innovation und Vernetzung“, in deren Rahmen die erfolgreichen Projekte vorgestellt und in Diskussion mit VertreterInnen von Gewerkschaft, Unternehmerverband, des DPWV und des zuständigen Landesministeriums für eine nachhaltige Förderung entsprechender Netzwerke plädiert wurde. Neu wurde in 2007 ein Fortbildungsangebot für die ARGE-MitarbeiterInnen zur Problematik der Schnittstellen von Leistungs- und Aufenthaltsrecht an vier Standorten in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Web-Redaktion und Publikationen

Die ***access***-Webseite war mit monatlich durchschnittlich ca 3.500 Besuchen (40.000 Anfragen) sehr gut nachgefragt. Sie wurde regelmäßig aktualisiert und informiert neben einem ausführlichen aktuellen Adressteil über besondere zielgruppenspezifische Qualifizierungsangebote in Schleswig-Holstein und der Metropolregion Hamburg. Ebenso über relevante Fachveranstaltungen für MultiplikatorInnen sowie über Fachinformationen und Gesetzeslagen. Hierbei z.B. über die in 2007 diskutierte und 2008 in Kraft getretene Verbesserung der Ausbildungsförderung nach BAföG und BAB für MigrantInnen, die nicht zuletzt durch zahlreiche Interventionen von verschiedenen NGOs – auch ***access*** – erreicht wurde, die auf die bestehende Benachteiligung insbesondere von Flüchtlingen mit humanitärem Aufenthaltsstatus aufmerksam gemacht haben.

Darüber hinaus hat das Projekt ***access*** in 2007 neben zwei weiteren Newslettern diverse Arbeitshilfen herausgegeben, die auch nach der Pojektlaufzeit für die laufende Arbeit von BeraterInnen und MultiplikatorInnen zur Verfügung stehen. Im Mai erschien der „Wegweiser Beratungsstellen für Flüchtlinge und MigrantInnen in Schleswig-Holstein“ und im November konnte in Kooperation mit dem NOBI-Partner Diakonisches Werk Hamburg das Handbuch „Vielfalt Gestalten! Handbuch für MultiplikatorInnen - berufliche Integration von MigrantInnen“ herausgegeben



www.access-frsh.de

werden ebenso wie der „Leitfaden zur Anerkennung von ausländischen Schul- und Berufsabschlüssen in Schleswig-Holstein“, der erstmalig Informationen zu diesem Thema und Adressen der zuständigen Stellen für Schleswig-Holstein bündelt. Die Veröffentlichungen sind kostenlos beim Flüchtlingsrat zu beziehen.

Bundesweite Vernetzung

Ein wichtiger Aspekt der Projektarbeit war auch die Mitarbeit auf Bundesebene im Thematischen Netzwerk Lebenslanges Lernen von EQUAL (Informationen zu den Ergebnissen unter *www.equal.de* sowie im Facharbeitskreis Beratung des bundesweiten Netzwerkes *IQ – Integration durch Qualifizierung*, dem die EP NOBI angehört. Hier konnten Erfahrungen aus der Beratungsarbeit ausgetauscht und Bedarfe bzw. Ideen formuliert werden, die z.B. über das IQ-Netzwerk eingang in die Verhandlungen zum Nationalen Integrationsplan fanden. Entsprechend beteiligte sich ***access*** an den Gremien der EP sowie an Tagungen zum Austausch mit den Strategischen PartnerInnen, am Transnationalen Workshop in Polen. Zu den Projektaufgaben gehörte außerdem die Multiplikation von Aktivitäten der EP, u.a. anlässlich der Job-Messe für MigrantInnen, die im September unter Mitwirkung von NOBI in Hamburg stattfand. ***access*** wirkte auch bei der Erarbeitung der *gemeinsamen Handlungsempfehlungen der EP NOBI zur beruflichen Integration von MigrantInnen* mit, die in kurzer Form Empfehlungen für die relevanten Akteure und Entscheidungsträger in Hinblick auf die Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen in den fünf Handlungsfelder der EP (Beratung und Information, Existenzgründung, Interkulturelle Öffnung, Kompetenzfeststellung und berufsbezogenes Deutsch) sowie den ebenfalls bearbeiteten Querschnittsthemen (Empowerment, Partizipation, Vernetzung und Antidiskriminierung) zusammenfasst.

Themen- und Mandatserweiterung

Der Flüchtlingsrat hat sich mit dem Projekt ***access*** über die Kernarbeit der Verbesserung des Aufenthaltsrechts und der Lebenssituation von Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthalt hinaus einem Thema gewidmet, das auch für bleibeberechtigte Flüchtlinge noch Jahre nach dem Erhalt des Aufenthaltstitels ein großes Problem darstellt. Durch die Projektaktivitäten konnten über den Bereich Migration hinaus neue KooperationspartnerInnen bei Bildungsträgern, Bildungsberatungsstellen und Arbeitsverwaltungen sowie bei den zuständigen Ministerien gewonnen, auf die besonderen Hürden für MigrantInnen aufmerksam gemacht und Veränderungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Damit ist ein Schritt zu mehr interkultureller Kompetenz und zu einer Verbesserung der Beratungs- und Unterstützungsstruktur gemacht worden. Durch die konkrete Beratung erhielten außerdem viele Betroffene Orientierungshilfen und Unterstützung bei der Suche nach Qualifizierungs- und Fördermöglichkeiten oder der Anerkennung ihrer Abschlüsse.

Die Mitarbeit in einem länderübergreifenden Netzwerk mit vielen sehr unterschiedlichen Trägern hat zwar einerseits Ressourcen gebunden, war aber andererseits auch bereichernd durch den Austausch mit Fachleuten hinsichtlich der Interkulturellen Öffnung oder Antidiskriminierungsarbeit.

Die Laufzeit des EQUAL-Programmes ist mit dem 31.12.2007 zuende gegangen, dennoch kann ***access*** in veränderter Form auch nach 2008 weitergeführt werden. Das Netzwerk NOBI wird mit weniger PartnerInnen und anderer Aufgabenstellung mit Hilfe einer Förderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als Teil des Netzwerkes IQ-Integration durch Qualifizierung weiterbestehen. Der Schwerpunkt der Arbeit von ***access*** wird auf der MulitplikatorInnen-Schulung, der Mitarbeit im Netzwerk IQ und der Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes liegen.

Astrid Willer, Farzaneh Vagdy-Voß, Marianne Kröger

Entwicklungspartnerschaft *NOBI*

Beteiligung des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein am *Norddeutschen Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten* (*NOBI*)

Die EQUAL-Entwicklungspartnerschaft NOBI widmet sich – anders als die vorgenannten EP Land in Sicht! – vor allem der Arbeitsmarktförderung von bleiberechtsgesicherten Migrantinnen und Migranten. Diese sektorale EP vernetzt Träger und Projekte aus den Bundesländern Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist seit Sommer 2005 einer von 12 Teilprojektträgern.

Mehr Informationen über die Entwicklungspartnerschaft NOBI im Internet: www.ep-nobi.de

Die Entwicklungspartnerschaft *NOBI* sind:
EP-Koordination: Weiterbildung Hamburg e.V.
Zum Netzwerk gehören
in **Bremen**:
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen e.V.

in **Mecklenburg-Vorpommern**:
- Integrationsnetzwerk Ost GbR

in **Schleswig-Holstein**:
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

in **Hamburg**:
- AG türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V.
- Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.
- Diakonisches Werk Hamburg
- Passage gGmbH
- Unternehmer ohne Grenzen e.V.
- Verikom e.V.
- WOGE e.V.
- Rackow Schule

Entwicklungspartnerschaft NOBI
Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten
www.ep-nobi.de

Land in Sicht!

Antidiskriminierung und Integrationsförderung

Beruflichte Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in der II. EQUAL-Förderrunde

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL II haben sich schon 2005 die Akteure der Entwicklungspartnerschaft (EP) zusammengeschlossen und erhalten u.a. Förderung vom Europäischen Sozialfonds, vom Bund, vom Land Schleswig-Holstein und von PRO ASYL. Im Folgenden werden die Arbeitsbereiche und Projekte dieses Netzwerks, die in Trägerschaft des Flüchtlingsrates umgesetzt werden, dargestellt. Kurzinformationen über die Teilprojekte der o.g. Kooperationspartner in den nebenstehenden Kästen.
Mehr im Internet: www.frsh.de/landinsicht/index.htm

Claudia Langholz (2. v. li.) übergibt das EQUAL-Asyl-Memorandum „Der Anfang ist gemacht" am 29. Oktober 2007 im Roten Rathaus in Berlin an die Bundesmigrationsbeauftragte Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer (3. v. li.) und den Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Kajo Wasserhövel (4. v. li.)

Gemeinschaftsinitiative Equal

Land in Sicht!
- Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge sind:

- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** *Koordination der Entwicklungspartnerschaft*
- **Diakonisches Werk Schleswig-Holstein:** *respect* – Stärkung vorhandener Ressourcen für soziale Berufe mit Schwerpunkt der Qualifizierung von Flüchtlingsfrauen
- **ZBBS e.V.:** *Sprungbrett – Orientierung zu Bildung und Ausbildung* mit Schwerpunkt der Qualifikation von jugendlichen Flüchtlingen
- **Verein Umwelt und Soziales e.V**.: *CASE* **–** Vermittlung von Schlüssel- und Teilqualifikationen in Handwerk und Dienstleistungen
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** *InfoNet – Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge – Vernetzung, Information, Beratung* - Aufbau eines Informationspools über Zugänge zu Bildung und zum Arbeitsmarkt
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** *INHOUSE-Schulungen - Förderung der interkulturellen Öffnung von Organisationen und Betrieben*
- **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein:** Transnationale Kooperation - *MOLE - More Options: Labour and Education!*

www.frsh.de/landinsicht

EQUAL Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht!*

Koordination der Entwicklungspartnerschaft

Seit 2005 arbeiten die Träger FRSH e.V., das Diakonisches Werk Landesverband S-H, ZBBS e.V. und UTS e.V. in der sog. Entwicklungspartnerschaft *Land in Sicht! – Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein* zusammen.

In den unten genannten Arbeitsfeldern arbeitete der Verbund eng zusammen und schloss *Land in Sicht!* zum 31. Dezember 2007 erfolgreich ab.

Claudia Langholz und Naciye Demirbilek am Land-in-Sicht-Infotisch.

Die Teilprojekte

Die beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen *CASE*, *respect* und *Sprungbrett* für Flüchtlinge wurden fortgeführt. In 2007 wurden. Flüchtlinge unter anderem in Kiel, Eckernförde, Lübeck, Elmshorn, Neumünster, Itzehoe und Niebüll geschult und in unterschiedlichen Branchen beruflich qualifiziert.

Im Teilprojekt *Inhouse*-Schulungen konnte durch organisationsspezifische wie übergeordnete Fortbildungsmaßnahmen die interkulturelle Öffnung von Behörden, Betrieben und sozialen Einrichtungen weiter vorangetrieben werden.

Im Rahmen des Teilprojektes *INFONET* wurde ein umfangreicher internetgestützter Informationspool über Bildungs- und Berufszugänge realisiert und zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

Gremien und Konferenzen

Wie schon in den Jahren zuvor wurde durch die Koordination wurde die landes- und bundesweite Vernetzungen in Rahmen von Projektgremien, Arbeitsgruppen, durch Beteiligung an Fachtagungen und Konferenzen fortgeführt und vertieft. Wichtige schleswig-holsteinische Kooperationspartner von *Land in Sicht!* waren u.a. der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer zu Kiel; der Landesvolkshochschulverband Schleswig-Holstein, der DPWV, das Institut für Interkulturelles Training, die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit sowie die Fachhochschule Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit sowie die Migrationssozialberatungsstellen des Landes.

Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit

Auf Bundesebene kooperierte Land in Sicht! mit den weiteren sieben EPen im Themenbereich Asyl, insbesondere mit den Projekten in Hamburg, Niedersachsen und Thüringen und beteiligte sich an der Erstellung des Memorandums *„Der Anfang ist gemacht - Neue Chancen für die berufliche Integration im Themenfeld Asyl"*.

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Pressearbeit entstanden zahlreiche Publikationen u.a. zwei Ausgaben des *Land in Sicht!* –Kuriers, die „Handreichung zur beruflichen Integration von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen" und der Evaluationsbericht „Auf zu neuen Ufern". Hervorzuheben ist die Erstellung des Dokumentarfilms ‚Land in Sicht' inkl. Unterrichts- und Informationsmaterialien für die Bildungsarbeit. Presseerklärungen und der Pressespiegel von *Land in Sicht!* sind auf www.frsh.de/landinsicht/ einzusehen; dort stehen alle Publikationen und Dokumente zum download zur Verfügung.

Finanzmanagement und Finanzcontrolling: Aufgrund der Verantwortung als Koordinator und Zuwendungsempfänger für die gesamte EP bildete die Sicherstellung der Finanzierung, Überwachung des Mittelflusses und das Führen von Gesprächen mit unterschiedlichen ZuwendungsgeberInnen eine erheblichen Schwerpunkt der Koordination in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung des Flüchtlingsrats.

Claudia Langholz

INFONET
- Bildungs und Berufszugänge für Flüchtlinge

Teilprojekt in der EP *Land in Sicht!*

Flüchtlinge im Asylverfahren sowie bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge / MigrantInnen werden nahezu umfassend vom Zugang zu Bildung und Beruf ausgeschlossen. Auch darüber hinaus sind betroffene Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder per Gesetz und Verordnungslage massiven Benachteiligungen, Einschränkungen und Ausgrenzungen ausgesetzt, die ihr gesamtes Leben beeinträchtigen.

Verbesserung der Beratungssituation

INFONET wurde vom 01.07.05 bis zum 31.12.07 vom FRSH getragen. Zentrale Aufgabe war die Verbesserung der Beratungssituation für Asylsuchende und bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge / MigrantInnen im Kontext Bildungs- und Berufszugänge. Während der Jahre 2005 und 2006 kristallisierte sich heraus, dass die Erkenntnis „Erst bleiben - dann integrieren" nicht nur für die meisten bleiberechtsungesicherten Flüchtlinge / MigrantInnen gilt, sondern auch für viele Arbeitsmarktakteure, insbesondere in den Arbeitsverwaltungen: solange Flüchtlinge / MigrantInnen keinen Anspruch auf Leistungen hatten, gab es kaum ein aktives Interesse an einer Verbesserung der Situation.

Die Chance auf Bleiberecht und damit die Chance auf einen Arbeitsmarktzugang bestimmte seit der IMK-Bleiberechtsregelung vom Nov. 06 die Arbeit von INFONET. Es wurden vielfältige Informationen erstellt, die Betroffene und MultiplikatorInnen über den jeweilig aktuellen Stand der Umsetzung informierten. INFONET beteiligte sich an bundes- und landesweiten Diskussionen, um die positive Teilhabe für möglichst viele Menschen zu fördern. Diese Tätigkeiten setzten sich ab September 2007 fort, als mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der europäischen Union die Gesetzliche Altfallregelung und weitere Veränderungen beim Arbeitsmarktzugang für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge und MigrantInnen nach 4-jährigem Aufenthalt und bei den Leistungen nach dem AsylbLG in Kraft traten.

Kontakte zu Grundsicherungsstellen

Die Kontakte zu den Arbeitsagenturen wurden über den kontinuierlichen Klärungsbedarf in Umsetzungsfragen intensiviert. Durch die Informationen über die veränderte Rechtslage und die Arbeit des TP Inhouse-Schulungen konnte eine notwendige Sensibilisierung bei sämtlichen ArbeitsmarktakteurInnen erreicht werden, aus der eine persönliche und strukturelle Öffnung auch für die Situation bleiberechtsungesicherter Flüchtlinge / MigrantInnen folgte. Die Zugänglichkeit, Akzeptanz und Nachfrage für Informationsmaterial des Projektes INFONET stieg zum Ende der Projektlaufzeit deutlich. Mit der Broschüre Gesetzliche Altfallregelung im Aufenthaltsgesetz - Neue Kundinnen und Kunden nach SGB II wurde dem Bedarf an Fachinformationen und Material zur IKÖ Rechnung getragen. Gleichzeitig ist sie ein Medium, mit dem wesentliche Inhalte in das Jahr 2008 transportiert wurden. Insgesamt hat INFONET besonderen Wert auf die Nachhaltigkeit der Arbeitsergebnisse über das Projektende hinaus gelegt, um die Erfahrungen aus der Projektarbeit zu erhalten und dazu beizutragen den FRSH in Kreisen der ArbeitsmarktakteurInnen weiter als Fachstelle für Flucht und Migration zu etablieren.

Schleswig-Holstein Integration Song Contest 2007

Vernetzte Öffentlichkeitsarbeit

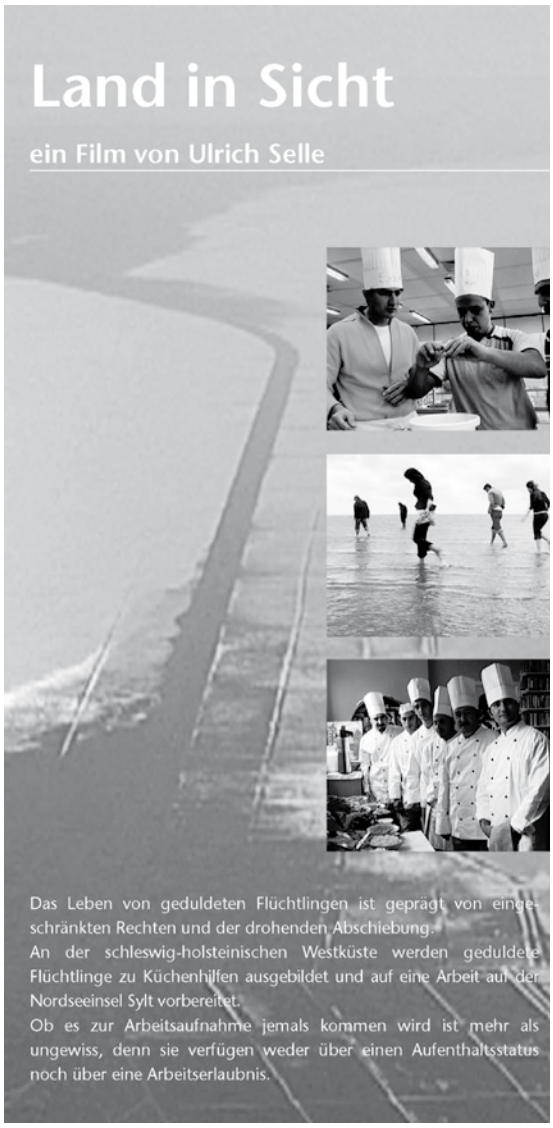
Über den IntegrationSongContest2007, der in enger Kooperation mit dem TP Sprungbrett (ZBBS) ausgerichtet wurde, konnte die Auseinandersetzung mit der Frage der Integration von Flüchtlingen / MigrantInnen in die bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft ganz direkt in den Kontext von Bildung gestellt werden und gleichzeitig ein ausbaufähiger Zugang in die Schulen und zu den SchülerInnen und LehrerInnen aus ganz SH erreicht werden.

Die Webseite www.infonet-frsh.de wird, incl. der KONTAKT-Seite (auf der wir insbesondere Betroffenen anonyme Fragen zu den Themen Aufenthaltsstatus, Zugang zu Bildung / Beruf, Familiennachzug, Existenzsicherung usw. beantworten) erhalten.

Silke Dietrich

Silke Dietrich und Marianne Kröger am Infotisch des EQUAL-Projekts INFONET

Land in Sicht! - Der Dokumentarfilm ‚Land in Sicht'



Die Filmarbeiten begannen zeitgleich mit dem Sprach- und berufliche Qualifizierungskurs zum Gastronomiehelfer/zur Gastronomiehelferin in Niebüll im Oktober 2006 Zunächst stand der Deutschkurs im Vordergrund, sowie die Qualifizierung im Rahmen der sog. Internationale Küche: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellen einmal wöchentlich Gerichte aus ihrer Heimat praktisch vor und bereiten die Rezepte zu einem Lehrwerk auf. Dabei wurden sie von einer Hauswirtschaftleiterin angeleitet. Ab März 2007 starteten die TeilnehmerInnen die Kochausbildung, die von einem Koch geleitet wurde. Nach dem Absolvieren einer Deutsch- sowie der Kochprüfung wurden die verbliebenen Teilnehmer im Mai / Juni 2007 bei ihrer Praktikumssuche auf der Nordseeinsel Sylt begleitet.

Am Rande ergaben sich sowohl Interviewsituationen mit den Administratoren, Lehrkräften und TeilnehmerInnen des Kurses als auch mit dem Leiter und dem Sachbearbeiter in der zuständigen Ausländerbehörde.

Filmische Begleitung im Integrationsprozess

Im 47minütigen Dokumentarfilm werden drei Flüchtlinge in einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme begleitet, in der sie in Sprach- und Kochkursen sowie Berufspraktika zu Gastronomiehelfern/innen qualifiziert werden. Der achtmonatige Kurs soll ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und konkret in der Gastronomie auf der Nordseeinsel Sylt verbessern. Der Dokumentarfilm gibt authentische Einblicke in die prekäre Lebenssituation der von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt und Arbeitserlaubnis sowie in die Möglichkeiten und Chancen, die eine Qualifizierungsmaßnahme im Rahmen von EQUAL bieten.

Eignung für die Bildungsarbeit

Der Film eignet sich sehr für den Einsatz zur politischen Bildungsarbeit. Begleitdokumente in Form von Unterrichtsmaterial wurden zu diesem Zweck auf der DVD zur Verfügung gestellt.

Erste Vorführungen und Diskussionen in Kinos in Kiel und Niebüll sowie an der Fachhochschule Kiel und der Christian-Albrecht-Universität Kiel und an anderen Orten Schleswig-Holsteins fanden im November und Dezember 2007 statt. Ebenso wurde der Verleih von DVD- Kopien in die Wege geleitet und stößt auf große Nachfrage.

In 2008 soll der Film auf regionalen touristischen Filmreihen (z.B. „TASH Tourismusagentur SH", „Filmrolle unterwegs") und auf regionalen und bundesweiten Festivals (z.B. „Globale 2008") präsentiert werden.

Der Film wurde in Kooperation der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates und der EP-Koordination Land in Sicht! realisiert.

Claudia Langholz, Martin Link

Foto oben:
Premiere des Films
‚Land in Sicht'
im Sommer 2007
im Kino Neues Studio in Kiel

Foto rechts:
Naciye Demirbilek

Inhouse-Schulungen

Teilprojekt in der EP *Land in Sicht!* zur Förderung der interkulturellen Öffnung

Das Teilprojekt Inhouse-Schulungen förderte von Juli 2005 bis zum 31.12.2007 in einem Prozess die Interkulturelle Orientierung und Öffnung, die Implementierung von Ansätzen von Managing Diversity in den Strukturen mit dem Ziel, Diskriminierungen im Arbeitsmarktzugang vorzubeugen, strukturellem Rassismus entgegenzuwirken.

Interkulturelle Öffnung gegen strukturellen Rassismus

In diesem Sinne wurden die bereits in 2006 gestarteten drei parallelen Schulungen mit Landessportverband S-H, Jobcenter Kiel und Stadtverwaltung Elmshorn fortgesetzt. Das Schulungskonzept war in seinen interkulturellen Zielen organisatorisch und inhaltlich auf die spezifische Situation der kooperierenden Institution abgestimmt. Dieser innovative Schulungsansatz machte es allen Beteiligten möglich – im Gegensatz zu eintägigen Interventionen - nachhaltige Lernprozesse in den jeweiligen Organisationsstrukturen zu aktivieren. Indem teilnehmerorientiertes und prozesshaftes Lernen mit produktorientierten Arbeiten auf konzeptioneller Ebene verbunden wurde, konnte ein Mainstreaming-Potential zur interkulturellen Öffnung sowohl durch die Teilnehmenden selbst als auch durch die Entwicklung schriftlicher Dokumente zur Interkulturelle Orientierung und Öffnung aufgebaut werden.

Jobcenter, Kommunalverwaltungen und Sportverband

Der Schwerpunkt der Projektarbeit im Berichtszeitraum bestand darin, die erreichten Ergebnisse und erzielten Erfolge zu sichern. Es wurden in allen drei Gruppen zahlreiche schriftliche Produkte erstellt: Konzepte zur Förderung der Interkulturellen Öffnung von Landessportverband Schleswig-Holstein und der Stadtverwaltung Elmshorn. Das Konzept der Stadtverwaltung Elmshorn enthält wesentliche Leitbilder zur interkulturellen Öffnung der Stadt Elmshorn, die – basierend auf dem Grundgesetz – eine politische Stellungnahme implizieren und eine Ausgangsplattform zur aktiven Gestaltung von Integrationsprozessen sein kann. Hierzu enthält die Konzeption Handlungsorientierungen zur interkulturellen Öffnung der verschiedenen behördlichen Bereiche sowie Vorschläge für Behörden übergreifende Handlungsschritte: Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, Verpflichtung sich selbst als MultiplikatorInnen in der Umsetzung der interkulturellen Leitbilder auf behördlicher Ebene zu verstehen.

MitarbeiterInnen von Jobcenter haben im gesamten Schulungsprozess zahlreiche praxisorientierte Arbeitsdokumente erstellt, die durch die Einrichtung eines ARGE-Ordners im Intranet anderen MitarbeiterInnen der ARGE zur Verfügung gestellt wurden. Nach Aussage der Teilnehmenden, sollen Anregungen, die aus der Inhouse-Schulung hervorgegangen sind, in weiterführenden Aktivitäten umgesetzt werden, die sich nach innen einrichtungsintern auf eine nachhaltige Förderung interkultureller Kompetenzen der MitarbeiterInnen beziehen und die nach außen die interkulturelle Öffnung im Wirkungsbereich der Kundenbetreuung fördern sollen. Die Einrichtung eines Fachbereichs zur Interkulturellen Kompetenz soll neue Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich MigrantInnen in ihren Bedürfnissen stärker berücksichtigt sehen. Aus dem Kreis der Teilnehmenden wurde in diesem Zusammenhang eine Person beauftragt, die als Ansprechpartner für MigrantInnen zur Verfügung steht. Von Seiten der ReferentInnen wurden Potentiale hervorgehoben, wodurch Anregungen der Schulungsarbeit in einer weiterführenden interkulturellen Arbeit in den Einrichtungen umgesetzt werden können. Interkulturelle Arbeit hat im Arbeitsrahmen einen neuen Stellenwert erhalten. So wurde festgestellt, dass interkulturelle Kompetenz nicht festgesetzt werden kann, sondern muß immer neu erfahren und reflektiert werden. Es bräuchte daher auch immer wieder neue Impulse, damit das Errungene nicht wieder versickert.

Zentrale öffentliche Schulungen

Einen besonderen Akzent konnten die zentralen Schulungen (Trainings, workshops, Fachtagungen, Seminare) setzen, die sich als sehr bereichernd erwiesen und die als sinnvoller Bestandteil der Gesamtkonzeption der Inhouse-Schulungen zu betrachten sind. Durch sie konnten wichtige Themen im Kontext der interkulturellen Öffnung vertiefend bearbeitet, Austausch zwischen den Schulungsgruppen im Kontext ihrer interkulturellen Arbeit im Schulungsprozess ermöglicht, verschiedener Fachkompetenzen auf der Bühne der interkulturellen Arbeit vermittelt und spezifische Arbeitsrichtungen in ihrem synergetischen Zusammenwirken transparent gemacht werden. Zudem werden Zusammenhänge verschiedener gesellschaftlicher, rechtlicher und psychosozialer Themenkreise in einem weiten Horizont vermittelt und dadurch das Selbstverständnis erkannt werden, seinen Blick für das „Andere“ zu reflektieren und Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund ebenso wie alle gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und an allen Ressourcen teilhaben zu lassen. Im Rahmen des bundesweiten AK IKÖ und Diversity Management als Teil des EQUAL Kooperationsnetzwerkes konnte der FR und das Projekt bundesweit durch VA, Kampagnen und Messen vorgestellt werden.

Dokumentation

Im Berichtszeitraum haben insgesamt ca. 33 Personen internen Schulungen teilgenommen. An den zentralen Schulungen, die teilweise in Kooperation mit anderen Projekten und Trägern organisiert und durchgeführt wurden, haben ca. 324 Personen teilgenommen (siehe hierzu Übersicht „Fachtagungen und Zentrale Schulungen des Teilprojektes „Inhouse-Schulungen“ im Evaluationsbericht LiS!) Über die Inhouse-Schulungen hinaus haben unterschiedliche Gespräche zwischen VertreterInnen der TN-Institutionen und andere interessierten Institutionen sowie Behörden und dem Flüchtlingsrat stattgefunden. Die stetig steigende Nachfrage nach weiteren Schulungen konnte nicht gedient werden. Die Schulungsergebnisse wurden in einem Gesamtbericht dokumentiert und der unter www.frsh.de/landinsicht/ und www.infonet-frsh.de heruntergeladen werden kann.

Naciye Demirbilek

MOLE - Teilprojekt *Transnationale Kooperation*

Teilprojekt in der EP Land in Sicht!

Unter dem Namen MOLE - More Options: Labour and Education! kooperierte Land in Sicht! von April 2005 bis Dezember 2007 mit EQUAL-Netzwerken in Osnabrück, Prag/Tschechische Republik und Zvolen/Slowakei.

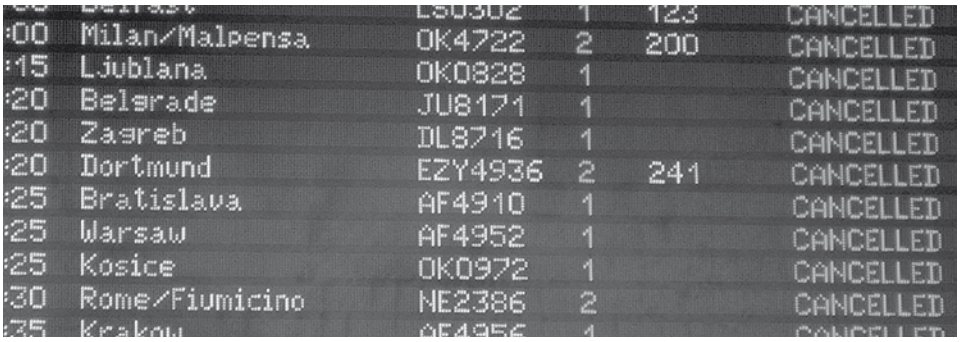
Gegenseitige Besuche – Gemeinsame Themen

Im Rahmen der Study Visits war die EP Land in Sicht! sowohl Gastgeberin für KollegInnen der EP NET 2005 /Tschechische Republik als auch Besucherin in Prag und Brno. Thematisch waren die Study Visits in den 4 Themenfeldern angesiedelt:

1. Beratung und Materialien zu Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden, 2. Qualifizierungsmaßnahmen, Praxisanleitung und Sprachkurse 3. Presse-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Kontext Diskriminierung am Arbeitsmarkt und 4. Lebenssituation von Asylsuchenden in den TCP-Mitgliedsstaaten. Die gegenseitigen Besuche erwiesen sich als Bereicherung für die eigene Arbeit und Teilaspekte (z.B. Methoden im Sprachunterricht) fanden Eingang in die Qualifizierungsarbeit.

Internationale Konferenzen und Veröffentlichungen

Auf nationalen und europäischen Veranstaltungen wurden die durch MOLE!



erarbeiteten Politikempfehlungen (www.equal-mole.eu) vorgelegt und diskutiert. Sie leisteten Anstöße zur politischen Diskussion und zur Umsetzung politischer Initiativen.

Wichtige Plattformen boten die europäischen Konferenzen Politik Forum zu Asylpolitik in Malmö (Schweden): „Minimum Standards and Beyond", Mai 2007 sowie die EU-Konferenz in Brüssel (Belgien): „Shaping Migration Strategies – -Paddern, Practice, Policies", September 2007. Auf beiden Konferenzen war es möglich, verschiedenste Entscheidungsträger und u. a. auch EU Parlamentarier zu erreichen. Das von der MOLE! erstellte Plakatmotiv wurde in weiteren Materialen wie Mousepads, Taschen und Postkarten aufgegriffen und verbreitet

In 2007 wurden wie geplant die Vollversammlungen in Zvolen (Slowakei) und Prag (Tschechische Republik) durchgeführt.

Den Abschluss der Transnationalen Arbeit bildete die erfolgreiche Abschlusskonferenz EQUAL AND BEYOND- ASYLUM SEEKERS AND ESF 2007 –2013 am 22. November 2007 in Prag mit RegierungsvertreterInnen, NGO-RepräsentantInnen sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission.

Claudia Langholz

lifeline

Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Der Verein *lifeline* (*www.lifeline-frsh.de*) besteht als eigenständiger Vormundschaftsverein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter dem Dach des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein seit Sommer 2004.

Ausgangsbedingungen des Vormundschaftsvereins

Am 14. August 2004 wurde lifeline - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in Langwedel gegründet. Aus finanziellen Gründen beschäftigte der Vormundschaftsverein von Februar 2006 bis Oktober 2007 keine hauptamtliche Kraft mehr. Somit erfüllte der Vormundschaftsverein nach § 54 SGB VIII nicht mehr die Voraussetzung für die Erlaubnis, Vereinsvormundschaften zu übernehmen.

Das Landesjugendamt hat deshalb im April 2006 die Erlaubnis, Vereinsvormundschaften zu übernehmen, ausgesetzt. Die Erlaubnis wird wieder wirksam, sobald der Verein eine hauptamtliche Kraft eingestellt hat. Bisher haben wir dieses aber noch nicht wieder in Anspruch genommen. Die Vermittlung von Einzelvormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bleibt davon unberührt.

Personelle Situation

Die Arbeit wurde im Berichtszeitraum im Wesentlichen ehrenamtlich und durch Honorarkräfte geleistet. In dem Verein arbeiten ehrenamtlich sowohl der Vorstand als auch die EinzelvormünderInnen mit. Daneben gibt es auch Ehrenamtliche, die phasenweise Förderunterricht mit einzelnen Jugendlichen durchführen, um diese auf reguläre Deutschkurse vorzubereiten. Das gilt für Jugendliche, die zwar die Schule in ihrem Herkunftsland besucht haben, aber nur die

arabische Schrift bzw. Sorani oder Dari schreiben und lesen können. Außerdem gibt es ehrenamtliche DolmetscherInnen und BetreuerInnen für junge Erwachsene.

Ehrenamtlich tätig sind sowohl Vereinsmitglieder als auch Mitglieder aus dem Interessiertenpool für Vormundschaften.

Lobbyarbeit

Die Lobbyarbeit hatte insbesondere das Ziel, im Rahmen der Umsetzung der Neuregelung des § 42 SGB VIII (KICK) eine Zentrale Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einzurichten

Mit der Neuregelung des § 42 SGB VIII ist den örtlich zuständigen Jugendämtern die Primärzuständigkeit für die Erstversorgung aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bis 18 Jahre zugeschrieben worden.

Die Umsetzung dieser neuen Rechtslage insbesondere für die Gruppe der 16 und 17 jährigen unbegleiteten Flüchtlinge erfolgt in Schleswig-Holstein weiterhin unzureichend.

Deshalb tritt der Vormundschaftsverein lifeline dafür ein, dass in Schleswig-Holstein eine zentrale Clearingstelle, ein „Clearinghaus" für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingerichtet wird, in der im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII in einem zielgruppenspezifischen Clearingverfahren zum Wohle der Jugendlichen durch dafür spezialisierte Fachkräfte die Möglichkeit einer Rückkehr in das Herkunftsland und / oder einer Familienzusammenführung, eine bedarfsgerechte Anschlussversorgung (Hilfen nach SGB VIII) und aufenthaltsrechtliche Perspektiven geprüft werden.

Zu diesem Thema wurden schriftliche Anfragen bei den zuständigen Behörden unter Hinweis auf die neue Rechtslage zum derzeitigen Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt, um die Behörden hinsichtlich der neuen Rechtslage zu sensibilisieren, für diese Lobbyarbeit eine an Fakten orientierte Arbeitsgrundlage zu erhalten, bzw. Grundlagen für zielorientierte Gespräche mit den jeweiligen Behörden zu erhalten.

Weiterhin wurde von lifeline am 12.2.2007 ein Referat im Jugendhilfeausschuss durch Margret Best zum Thema „Probleme bei der Umsetzung der Neuregelung des § 42 SGB VIII" gehalten. Außerdem wurde mit dem MdL Lars Harms (SSW) eine Anfrage im Landtag zum Thema UMF in Schleswig-Holstein erarbeitet.

Im Zusammenhang mit der Landtagsdebatte Ende 2007 zum Thema UMF wurde eine Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung erarbeitet. Auch eine Stellungnahme zu UMF in Schleswig-Holstein in Abschiebehaft wurde erarbeitet.

lifeline übernahm die Koordination in der AG-KICK - Zuständigkeit der Jugendhilfe für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und organisierte in 2007 vier Treffen (Februar, Mai, September und November).

lifeline konnte über die AG-KICK erreichen, dass die LAG der Freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V. im November 2007 beschlossen hat, in 2008 eine „Handreichung zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Schleswig-Holstein „ herauszugeben. Diese erarbeitet lifeline zusammen mit Vertreterinnen vom DPWV, vom Diakonischen Werk, vom Interkulturellen Institut und mit dem Flüchtlingsbeauftragten des Landtages Schleswig-Holstein.

Marianne Kröger

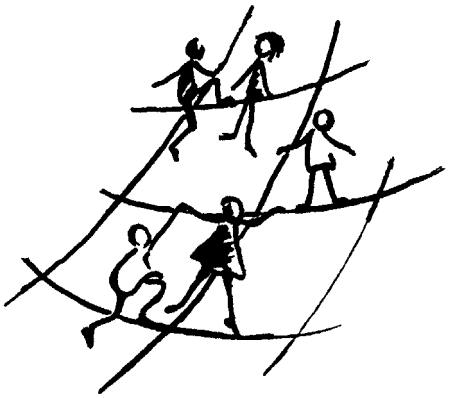
Foto: Bundesdelegiertentreffen der Regonalgruppen von ‚Jugendliche ohne Genzen' im September 2007 am Falkenhorst in Kiel

NISCHE- Netzwerk Illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein

NISCHE ist ein Zusammenschluss von Organisationen, Vereinen und Verbänden in Schleswig-Holstein, die die Lebenssituation und -bedingungen von illegalisierten Menschen in Schleswig-Holstein seit vielen Jahren thematisiert und in die öffentliche und politische Diskussion einbringt. Unser Ziel ist es, dadurch politische und gesellschaftliche Veränderungen zu initiieren. Der Flüchtlingsrat war mit Claudia Langholz im Netzwerk für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein vertreten.

Im Frühjahr 2007 wurde die Dokumentation der Fachkonferenz vom 6. Dezember 2006 „Hergekommen und geblieben – Menschen ohne Papiere - Menschen ohne Rechte?“ bundesweit an Behörden, Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen im Themenfeld Flucht und Migration verschickt. Die Dokumentation gibt die Beiträge der ReferentInnen wieder, fasst Diskussionen zusammen und enthält Literaturhinweise sowie Hinweise auf themenspezifische Internet-Seiten.

Vom 3. bis zum 20. September 2007 holte NISCHE die Plakatausstellung von kein mensch ist illegal nach Kiel und Neumünster und machte so auf die prekäre Lebenssituation von Menschen ohne Papiere aufmerksam. Die 88 Plakate waren in acht Orten in Kiel und fünf Orten in Neumünster ausgestellt. Das Faltblatt zur Kampagne informierte über die Ziele von NISCHE und kein mensch ist illegal und bot eine Übersicht über die Ausstellungsorte (u.a. Landeshaus Kiel, Kirchen, Beratungsstellen, Arztpraxen, Jugendzentren).



NISCHE sind u.a.:

- Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
- Diakonieverein Migration Pinneberg e.V.
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Gesellschaft für politische Bildung e.V. Kiel
- Grenzgänger Neumünster e.V.
- Heinrich Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- NEK-Flüchtlingsbeauftragte

Claudia Langholz

Siehe auch: www.nische-sh.de

Astrid Willer (li.) am Infostand des Flüchtlingsrates bei der Regionalkonferenz ‚Chancengleichheit und Antidiskriminierung‘ am 8.-9. Juni 2007 in Kiel

Diversity als Chance
Die **Charta der Vielfalt**
der Unternehmen in Deutschland

Die Vielfalt der modernen Gesellschaft, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel, prägt das Wirtschaftsleben in Deutschland. Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt in unserer Belegschaft und die vielfältigen Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden sowie unserer Geschäftspartner. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen.

Die Umsetzung der „Charta der Vielfalt" in unserem Unternehmen hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potenziale schafft wirtschaftliche Vorteile für unser Unternehmen.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen bei Geschäftspartnern, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Im Rahmen dieser Charta werden wir

1. eine Unternehmenskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedes Einzelnen geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.
2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.
3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb des Unternehmens anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für das Unternehmen gewinnbringend einsetzen.
4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.
5. über unsere Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.
6. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Diversity informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Unternehmen.

Claudia Langholz, Projektkoordinatorin
Martin Link, Geschäftsführer
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
forum integration

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist einer der Erstunterzeichner der „Carta der Vielfalt" mit der die Bundesmigrationsbeauftragte für die Durchsetzung von Rassismus- und Diskriminierungs-freien Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft wirbt. Am 15. Mai 2007 waren Claudia Langholz und Martin Link als VertreterInnen des Flüchtlingsrates zur Überreichung der Urkunde durch Staatsministerin Prof. Maria Böhmer ins Bundeskanzleramt eingeladen.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

- *versteht sich als landesweite, parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge und Ausländer in Schleswig-Holstein einsetzen,*
- *koordiniert und berät die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen und fördert das Verständnis für Flüchtlinge und Ausländer in der Öffentlichkeit,*
- *setzt sich politisch für die Rechte der Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ein, durch Kontakt mit der Regierung, Verwaltung und parlamentarischen Gremien in Schleswig-Holstein,*
- *arbeitet bundesweit eng zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL e.V. und den anderen Landesflüchtlingsräten.*

An den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str.25
24143 Kiel
Tel.: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077
Email: office@frsh.de

Absender:
Name:
Anschrift:

Telefon/Fax:

Email:

O Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.
O Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat werden und hiermit meinen Beitritt erklären:
  O als individuelles Mitglied
  O als delegiertes Mitglied der Gruppe/Organisation:

Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt:
  O den Regelbeitrag von 18,40 Euro
  O den ermäßigten Beitrag von 9,20 Euro
  O den mir genehmen Beitrag von ..... Euro
  O ich beantrage eine beitragsfreie Mitgliedschaft

O Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. diesen Beitrag von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.:
BLZ:
Bankverbindung:

Datum:

Unterschrift:

DAS LEITBILD

des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

Die Definition

- „Flüchtlinge" im Sinne des Flüchtlingsrates sind alle Migrantinnen und Migranten, die oder deren Angehörige ihr Herkunfts- oder ein Drittland wegen sie dort bedrohender prekärer Situationen verlassen mussten oder dorthin ausreisepflichtig sind.
- Fluchtgründe oder Rückkehrgefährdungen i.d.S. können sein:
  - staatliche oder nichtstaatliche politische Verfolgung,
  - Krieg oder andere militärische Gewalt und ihre Folgen,
  - ethnische oder gruppenspezifische Diskriminierung, Pogrome,
  - geschlechtsspezifische Gewalt, Versklavung,
  - Gefährdungen von Leib und Leben als ökologische bzw. wirtschaftliche Globalisierungsfolgen,
  - medizinische Unterversorgung.

Über parteilich

- Der Flüchtlingsrat ermittelt, vernetzt und fördert die dezentral im Flächenland in der Flüchtlingssolidarität engagierten Organisationen, Initiativen und Personen.
- Er initiiert und moderiert aus parteilicher Perspektive flüchtlings- und integrationspolitische Diskussionen über institutionelle, weltanschauliche oder ideelle Grenzen hinweg.

Themen & Instrumente

- Der Flüchtlingsrat sondiert akute und mittelfristige Themen und Strategien in internen Gremien (Mitgliederversammlung und SprecherInnenrat) und übergreifend in Arbeitskreisen und Netzwerken.
- Er setzt diese Themen in Beratung und anderen direkten Hilfen, Aktionen, thematischen Projekten oder Kampagnen um.
- Er vertritt seine flüchtlingspolitischen Anliegen im Zuge regelmäßiger direkter Lobbyarbeit gegenüber Parteien sowie kommunalen, Landes- und Bundesbehörden.

Profilierte Vielfalt

- Im Flüchtlingsrat pflegt Meinungsvielfalt bei gleichzeitiger Strategie- und Bündnisfähigkeit.
- Dies ist Ausdruck seines interkulturellen Profils, Grundlage seiner politischen Handlungsfähigkeit und erhält öffentliche Transparenz.

Gesellschaftliche Ziele

- Im Zuge seiner Öffentlichkeitsarbeit macht der Flüchtlingsrat die Ursachen und Verursacher von Flucht- und Migrationsbewegungen transparent, skandalisiert Rechtslagen und administrative Ausgrenzungen.
- Er legt die einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenstehenden Interessenlagen offen, diskutiert Motive und Konsequenzen nationaler und europäischer Abschottungspolitik.
- Gleichzeitig wirbt er gegenüber Politik und Gesellschaft für parteiliche Solidarität, für Respekt und für die Integration aller Flüchtlinge.

Förderung

- Der Flüchtlingsrat fördert die Kompetenz seiner Mitglieder durch themenspezifische Schulungen und Bildungsangebote.
- Der Flüchtlingsrat reagiert auf besondere Marginalisierungsbedingungen. Hierbei realisiert er exemplarische Projekte zur Integrationsförderung spezieller Gruppen und setzt Kampagnen zur Beseitigung struktureller Diskriminierungen um.

Empowerment

- Der Flüchtlingsrat fördert durch strukturelle und direkte Hilfen Selbstorganisation und Empowerment.
- Der Flüchtlingsrat vermittelt und gewährt seinen Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten Beratung und materielle und informative Strukturhilfen.

Das Mandat

- Die Menschenrechtsarbeit des Flüchtlingsrates ist antirassistisches zivilgesellschaftliches Engagement.
- Das von ihm Geleistete entspricht weitgehend staatlicher Pflichtaufgabe bei der Aufnahme, der Schutzgewährung und Integrationsförderung von Flüchtlingen.

Solidarität kostet Geld

- Der Flüchtlingsrat finanziert seine Arbeit – bei strikter Wahrung seiner Unabhängigkeit – wo es möglich ist durch öffentliche Gelder, Drittmittel und Spenden.
- Der Flüchtlingsrat organisiert und fördert die Möglichkeit direkten wie indirekten Engagements.

Beraten in den Mitgliederversammlungen im Februar und Juni 2004 und beschlossen durch die Mitglieder am 15. September 2004.

Die Struktur

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist der landesweite Zusammenschluss der Flüchtlingssolidarität und Flüchtlingsselbsthilfe in Schleswig-Holstein.
- Er ist Fachverband, Beratungs- und Dienstleistungsstelle sowie politisches Vertretungsorgan von Selbstorganisationen, Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen.
- Seine Organe und Instrumente sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der SprecherInnenrat und die Geschäftsstelle.

Die Philosophie

- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. sind seine Mitglieder.
- Diese treten ein für eine Gesellschaft, die uneingeschränkt die Menschenwürde aller achtet.
- Der Flüchtlingsrat ist parteilich und fordert für alle Menschen, dass sie unbeschadet von jedweder Beschränkung, Diskriminierung und Rassismus, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Der Flüchtlingsrat leistet direkte Hilfe.